

DER SÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE  
FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES  
DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

## **22. Tätigkeitsbericht**

**2013/2014**

- Berichtszeitraum: 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014 -

## Inhalt

Einleitung	3
I. Die Behörde	5
1. Personal	5
2. Haushalt	5
II. Tätigkeiten der Behörde im Berichtszeitraum	7
1. Beratung	7
1.1. Beratung von Bürgern	7
1.2. Beratung von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen	18
2. Bewertung von Stasi-Unterlagen	18
3. Unterrichtung der Öffentlichkeit und politische Bildung	19
3.1. Vorträge und Projekte in Schulen	19
- Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten	
- Unterstützung externer Projekte	
- Kooperationen mit anderen Projektpartnern	
3.2. Anfragen aus dem Bereich Forschung und Wissenschaft	27
3.3. Fortbildungsveranstaltungen für Rechtsreferendare	27
3.4. Podiumsdiskussionen, Vorträge, Buchvorstellungen, Ausstellungseröffnungen	29
3.5. Tagungen	31
3.6. Ausstellungen	34
3.7. Veröffentlichungen	35
3.8. Grenzüberschreitende Projekte	40
4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	40
5. Dokumentation	41
6. Koordinierung und Zusammenarbeit	41
- Landtag, Staatsregierung, Landesbehörden und Kommunen	
- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)	
- Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LStU, LAKD)	
- Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen	
- Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	
- Gedenkstätten	
7. Mitgliedschaften	46
III. Anhang	47

## **Einleitung**

Der hier vorliegende 22. Tätigkeitsbericht umfasst den Zeitraum vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014. Inhaltlich wurde die Arbeit im vergangenen Jahr wesentlich von zwei Faktoren bestimmt. Neben der Debatte um die langfristige Perspektive des BStU und die damit verbundene Frage der künftigen Aktenzugangsmöglichkeiten prägte die Ausrichtung des 18. Bundeskongresses der Landesbeauftragten mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen in Dresden die Arbeit der Behörde.

Wie in den letzten Jahren gehörte die Bürgerberatung zur Kernaufgabe der Behörde. Mit Sprechtagen in der Region bot der Landesbeauftragte auch im Jahr 2013 / 2014 jenen Menschen, die nicht zur Sprechstunde nach Dresden kommen können, die Möglichkeit, sich zu Fragen der Akteneinsicht und Rehabilitierung zu informieren. Die Beratung nimmt hinsichtlich der Intensität und Komplexität der Anfragen eine sich immer mehr ausdifferenzierende Rolle ein. Sie findet in verschiedenen Formen statt: in den Regionen temporär, nach Terminvereinbarung in der Dienststelle, oft genauso ausführlich am Telefon, mit sehr kurzen oder eher ausgiebigen Anfragen per Mail und außerdem jeden Tag auch per Brief, vor allem, wenn es besonders viele Anlagen gibt oder wenn jemand im meist vorgerückten Alter die moderneren technische Kommunikationsformen nicht beherrscht. Dazu kommen zahlreiche beratungsähnliche Gespräche am Rande von gesellschaftlichen oder privaten Anlässen, die sowohl beim Landesbeauftragten als auch bei seiner Stellvertreterin oft zu weiteren dienstlichen Kontakten führen. Verfolgungstatbestände oder Benachteiligungen aus DDR-Zeiten sind heute schwerer klär- und erklärbar als vor 25 Jahren. Sie werden aber von den Betroffenen als genauso wichtig empfunden. Oder werden erst jetzt beim Renteneintritt als gravierende Benachteiligung erlebt, für die es keine adäquaten Formen der Wiedergutmachung oder Entschädigung gibt. Die Beratung des Landesbeauftragten hat in solchen Fällen häufig die Funktion eines psychologischen Beistandes und des Auslotens der Möglichkeiten für weitere Recherchen, Ansprechpartner, Verbündete. Beratung heißt dann auch, individuelle Handlungsenergien zu vitalisieren und lähmende Verschwörungsmutmaßungen zu rationalisieren und zu dämpfen. In diesem Zusammenhang sei auch die Einrichtung des Fonds Heimerziehung »Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990« im Vorjahr erwähnt, der für viele eine erste Möglichkeit des Sprechens und der Kompensation von erlittenem Unrecht darstellte. Der Landesbeauftragte befasste sich auf unterschiedliche Weise intensiv mit dem Thema Beratung und brachte sich auf verschiedenen Ebenen aktiv ein.

Die Bildungsarbeit wurde – im Rahmen der beschränkten personellen Kapazitäten – weitergeführt und inhaltlich weiterentwickelt. Vor allem durch die Einbeziehung von Projektpartnern – wie Rimini-Protokoll aus Berlin oder die Theatergruppe „Alles auf Hoffnung“ – war ein innovatives, überregionales und vielseitiges Bildungsangebot zu gewährleisten. Sehr erfolgreich war die Überblicksausstellung „Die DDR – Zwischen Repression und Widerspruch“ und das Konzept, Partner für die Herstellung der Ausstellung in mehrfacher Stückzahl zu gewin-

nen. Damit wird die Multiplikationsmöglichkeit so einer sorgfältig konzipierten Ausstellung über eine normale Wanderausstellung hin genutzt.

Im Bereich der Unterrichtung der Öffentlichkeit wurde Bewährtes fortgeführt und Neues erprobt. Aufgrund der weiterhin nicht ausreichenden Personalausstattung der Behörde kann der Landesbeauftragte eigene Projekte allein nur in beschränktem Umfang umsetzen. Stattdessen wird er mit jedem Jahr mehr zu einer Schaltstelle zwischen Vereinen, Gedenkstätten, anderen Aufarbeitungsinitiativen und weiteren Institutionen und Einrichtungen. Er versucht Projekte zu vernetzen und zu fördern. So wurden verschiedene Vorhaben - sowohl im Rahmen von Forschungsarbeiten als auch im Bereich der Vermittlung - vom Landesbeauftragten angestoßen und finanziell unterstützt. Dies betrifft auch verschiedene Publikationsvorhaben, die häufig erst durch die inhaltliche Unterstützung und finanzielle Förderung des Landesbeauftragten umgesetzt werden konnten, ohne dass sie ausschließlich von ihm finanziert worden sind. Die behördeneigene Schriftenreihe in der Evangelischen Verlagsanstalt bleibt ein Schwerpunkt, der fortgesetzt worden ist und auf verschiedene Art und Weise in der Opferberatung, politischen Bildung (z. B. durch das zur Verfügung stellen von Klassensätzen in Schulen), zu Rechercheanstößen bei Presse und Medien und zur Öffentlichkeitsarbeit Verwendung findet.

Die Zusammenarbeit mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen spielte auch im zurückliegenden Berichtszeitraum eine wichtige Rolle. Dabei war auch die finanzielle Förderung der Verfolgtenverbände durch das SMJus und deren praktische Umsetzung ein Thema, das häufig im Mittelpunkt stand. Bei den regelmäßig in der Behörde stattfindenden Arbeitstreffen wurden diese Fragen intensiv diskutiert. Die Vergabe der Fördermittel verläuft mit jedem Jahr störungsfreier – sie werden dringend gebraucht und tragen durch die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten in den Verbänden auch zu einer positiven Atmosphäre bei der Verbandsarbeit insgesamt bei.

Einzelne Beispiele werden im nun folgenden Bericht etwas ausführlicher vorgestellt, um den Aufgabenbereich und die an die Behörde gestellten Anforderungen anschaulich darzustellen.



Lutz Rathenow  
Landesbeauftragter

## **I. Die Behörde**

### **1. Personal**

Derzeit sind beim Sächsischen Landesbeauftragten vier Stellen vorhanden und besetzt: die Stelle des Behördenleiters, zwei Referentenstellen und die Stelle der Sekretärin (Elternzeit).

Im Rahmen von Honorarverträgen waren drei Sachverständige für die Behörde tätig: Ute Meckbach, Achim Beier und Utz Rachowski. Utz Rachowski war 2013 und 2014 als externer Berater der überregionalen Beratungsinitiative zu Rehabilitierungsfragen im Auftrag der Behörde in 21 verschiedenen Städten Sachsens an 22 Beratungstagen tätig.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum waren beim Landesbeauftragten zwei Bundesfreiwillige tätig. Sophie Koch unterstützte die Behörde bis August 2013. Im September 2013 folgte dann Stefan Große, der bis zum Juli bei uns tätig war. Unsere Bundesfreiwilligen wurden inhaltlich in verschiedene Arbeitsgebiete eingeführt, sie erhielten Einblick in alle Arbeitsbereiche der Dienststelle und nahmen an Dienstberatungen teil. Daneben waren sie in besonderer Weise in der politischen Bildung tätig. Sie führten Projekte mit Schülern durch, begleitete Zeitzeugengespräche und bereitete Veranstaltungen mit vor. Ein Rückblick auf das Jahr beim Landesbeauftragten von Stefan Große befindet sich im Anhang.

### **2. Haushalt**

Der Sächsische Landtag wies im Kapitel 06 06 dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR für den Haushalt 2013 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 432,3 T€ zu. Für das Haushaltsjahr 2013 beliefen sich die planmäßigen Ausgaben bei den Personalausgaben auf 272,4 T€, bei den sächlichen Verwaltungsausgaben auf 150,8 T€, bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse auf 7,1 T€ und bei den sonstigen Sachinvestitionen auf 2,0 T€. Die Mittel wurden sparsam und sachgemäß verwendet.

Für Zuwendungen stand im Jahr 2013 ein Betrag von 7,1 T€ zur Verfügung. Diese Summe wurde vollständig ausgereicht. Im Rahmen von Zuwendungen wurden im Jahr 2013 folgende Projekte gefördert:

- Durchführung eines mobilen Bildungsprojektes und von Zeitzeugengesprächen im Rahmen politisch-historischer Bildungsarbeit in Schulen, Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V. (3.105 €)
- Fachliche Erschließung und Nutzbarmachung der Archivbestände tschechoslowakischer Exil- und Samisdat-Literatur (Einfluss des MfS) sowie die Erschließung einer 15-teiligen Dokumentarserie des Tschechischen Fernsehens besonders im Hinblick auf

eine Verwertung im Bereich der politischen Bildungsarbeit und der wissenschaftlichen Aufarbeitung in Sachsen und im deutschsprachigen Raum, Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. (1.800 €)

- Erarbeitung einer Wanderausstellung: „Martin-Luther-King und die DDR – Aus dem Fels der Verzweiflung einen Stein der Hoffnung hauen“, Martin-Luther-King-Zentrum Werdau e.V. (1.750 €)
- Vertiefende Recherchen und Kommunikation zum Zwecke der Aufbereitung des Projekts "Uran-Gulag in der ČSR" für den möglichen Themenschwerpunkt zum Bundeskongress der Landesbeauftragten vom 25. – 27.04.2014 in Dresden, Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. (445 €)

## **II. Tätigkeiten im Berichtszeitraum**

### **1. Beratung**

#### **1.1. Beratung von Bürgern**

Vom 1. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2014 wurden in der Geschäftsstelle in Dresden 46 Erstberatungen zur Akteneinsicht nach Stasi-Unterlagengesetz durchgeführt. Die Zahl der Erstberatungen hat zwar im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, jedoch hat im Vergleich dazu die Zahl der Ratsuchenden, die die Behörde telefonisch kontaktierten, stark zugenommen. Viele Menschen ließen sich die nötigen Informationen und Antragsformulare auf dem Postweg zusenden oder machten nach der am Telefon gegebenen Auskunft von den Downloadmöglichkeiten im Internet Gebrauch. Die Ratsuchenden, die in die Behörde kamen, erhielten die Antragsformulare des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unmittelbar. Oft wurden die Antragsunterlagen vor Ort ausgefüllt, so dass eventuell aufkommende Fragen umgehend geklärt werden konnten.

Zu Fragen im Zusammenhang mit der erfolgten Akteneinsicht und zu Fragen zur Rehabilitation und Überprüfung wurden im gleichen Zeitraum 143 ausführliche Beratungsgespräche in der Geschäftsstelle geführt. Hinzu kommt eine erhebliche Zahl von Beratungen, die Herr Rathenow persönlich am Rande von Veranstaltungen und Tagungen führte, die aber nicht in der Statistik erfasst wurden. Ebenso wurden auch von Frau Dr. Aris – insbesondere während der längeren krankheitsbedingten Abwesenheit von Frau Pohl – diverse Beratungsgespräche geführt, die nicht mit in die statistische Erfassung eingingen.

#### **Überregionale Beratungsinitiative**

Im Berichtszeitraum wurde die jährlich stattfindende überregionale Beratungsinitiative in zwei Phasen eingeteilt. So wurden im Herbst Beratungen in elf Städten und im Frühjahr Beratungen in zehn Städten durchgeführt. Die Beratungen im Herbst 2013 erfolgten teilweise in Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Außenstelle Chemnitz. Im Rahmen der Beratungsinitiative wurden 1340 Beratungsgespräche geführt.

In der Summe ergibt sich im Rahmen der Beratungsinitiativen Herbst 2013 und Frühsommer 2014 und der Beratungen in der Behörde für den Berichtszeitraum eine Zahl von 1529 Beratungsgesprächen ohne die Beratung durch den Behördenleiter.

Die angefügte Tabelle listet die Städte auf, in denen im Herbst 2013 beraten wurde.

<b>Stadt</b>	<b>Anzahl der Beratungen</b>
Waldenburg	68 (mit BStU Chemnitz)
Thum	84 (mit BStU Chemnitz)
Schwarzenberg (Tag der Sachsen)	365 (2-tägig) mit BStU Chemnitz
Klaffenbach (Behördentag Chemnitz)	74 (mit BStU Chemnitz)
Oschatz	21
Riesa	43
Borna	27
Bad Elster	97 (mit BStU Chemnitz)
Mittweida	44
Döbeln	19
Wolkenstein	105 (mit BStU Chemnitz)

Im Frühsommer 2014 wurde der erste Teil der Beratungsinitiative des Jahres 2014 durchgeführt. Insgesamt wurden dabei in zehn Städten 393 Personen beraten.

Die bewährte Zusammenarbeit mit Außenstellen des BStU wurde auch in diesem Berichtszeitraum nach Möglichkeit fortgesetzt. Dabei übernahm der Vertreter des LStU hauptsächlich die Beratung zu den Reha-Gesetzen und Mitarbeiter des BStU bearbeiteten vorrangig Fragen zu den Stasi-Akten und nahmen Anträge auf Akteneinsicht entgegen. In folgenden Städten wurden vom 18. März bis zum 10. April 2014 Beratungen angeboten:

<b>Stadt</b>	<b>Anzahl der Beratungen</b>
Zittau	14 (mit BStU Dresden)
Bautzen	40 (mit BStU Dresden)
Bischofswerda	95 (mit BStU Dresden)
Neumark	41 (mit BStU Chemnitz)
Reichenbach	31 (mit BStU Chemnitz)
Treuen	86 (mit BStU Chemnitz)
Schneeberg	9 (mit BStU Chemnitz)
Waldheim	17
Neukieritzsch	27
Wilkau-Haßlau	33 (mit BStU Chemnitz)



Nachdem bereits im vorigen Berichtszeitraum in Zusammenarbeit mit den Behörden des BStU Chemnitz und Gera auch eine zweitägige Beratung angeboten wurde, konnte dies auch im letzten Berichtszeitraum zusammen mit der Außenstelle Chemnitz im Rahmen des "Tag der Sachsen" in Schwarzenberg nochmals durchgeführt werden.

Die Besucher des "Tag der Sachsen" zeigten ein unerwartet großes Interesse an Fragen der Rehabilitation und Akteneinsicht. Wegen des großen Besucherandrangs mussten viele Einzelfragen im Nachgang noch von der Behörde in Dresden aus weitergeführt werden, was zu einer sehr zeitaufwendigen Nacharbeit in Form von Briefen und Telefonaten führte.

Ein besonderer Termin war bei den gemeinsam mit dem BStU Chemnitz durchgeführten Beratungstagen der Einsatz zum Chemnitzer Behördenfest in Klaffenbach, der alljährlich stattfindet, und nun auch schon zum wiederholten Mal von Herrn Rachowski beratend mitbetreut wurde. Diesmal waren jedoch auch Lutz Rathenow und Dr. Nancy Aris mit vor Ort.

### **Strafrechtliche Rehabilitation / Opferrente**

Auch im letzten Berichtszeitraum kamen wieder eine Reihe Menschen, die sich erstmals um eine strafrechtliche Rehabilitation bemühten. Meist waren sie bei der Kontenklärung der Rentenversicherung auf die schon fast "vergessenen" Haftzeiten gestoßen, die ihnen nun in ihren Anspruchsjahren für die Sozialversicherung fehlten. Sie wandten sich deshalb an die Behörde und wurden zu den gesetzlichen Möglichkeiten beraten. Manche der Ratsuchenden erledigten die Antragstellung dann ohne weitere Hilfe und bei anderen war größere Unterstützung bei dieser Aufgabe notwendig. Durch konkrete Wegweisung zu den entsprechenden Landgerichten war schnelle Hilfe möglich. Gleichzeitig wurden die Betroffenen auf die Möglichkeit der Antragstellung nach § 17a StrRehaG hingewiesen, oft wurde mit ihnen der entsprechende Antrag besprochen und vor Ort vorbereitet.

Dass diese Form der Beratung immer noch so häufig in Anspruch genommen wird, ist nach der langen Zeit des Bestehens der Reha-Gesetze einerseits erstaunlich, andererseits nachvollziehbar, denn viele Betroffene haben sich bewusst lange nicht mit diesem düsteren Kapitel ihres Lebens beschäftigen wollen. Die Betroffenen nehmen die Beratung dankbar an, denn oft haben sie Probleme, diese sehr schwierige Zeit ihres Lebens in ihre Biographie zu integrieren. Insofern ist diese Beratung von großer Bedeutung.

Im letzten Bericht wurde das Beispiel einer alten Dame angesprochen, die in besonderer Weise durch den LStU über Jahre bei kleinen Problemen mit "betreut" wurde und wird. Das in ihrem Fall bestehende Hauptproblem – sie hat wenige tausend Euro erspart und für ihre Beerdigung und Grabpflege angelegt – brachte das Sozialamt dazu, ihr die Grundsicherung im Alter, die sie in den letzten Jahren bezog, zu entziehen. Sie sollte sogar die Grundsicherung für vier Monate wieder zurückzahlen. Im durchaus verständnisvollen Gespräch mit dem Sozialamt konnte eine Rückzahlung zwar vermieden werden, so dass jetzt keine Rückforderungen mehr bestehen, aber das Problem der angelegten kleinen Rücklage für die Beerdigung und Folgekosten besteht weiterhin und verhindert, dass der alten Dame die monatliche Grundsicherung

cherung ausgezahlt werden kann bis der angelegte Betrag auf die vorgeschriebenen 2.600 € abgeschmolzen ist.

Hier zeigt sich eine Gesetzeslücke, die für die Betroffenen schwere Folgen hat. So wird zwar die sogenannte Opferrente nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet, wenn sie jedoch angespart wird und zu "Kapital" wird, unterliegt sie nicht mehr diesem Schutz durch den Gesetzgeber. Der Deckelungsbetrag für das tolerierte Vermögen liegt laut Auskunft des Sozialamtes bereits seit vielen Jahren bei 2.600 € und müsste - auch aus Sicht dieses Amtes - dringend nach oben korrigiert werden, da diese Summe weit unter den Kosten liegt, die beispielsweise bei einer Bestattung tatsächlich aufgewendet werden müssten.

Auch im letzten Berichtszeitraum kamen wieder Menschen in die Beratung, die wegen einer Haftzeit unter 180 Tagen nicht anspruchsberechtigt für die "Opferrente" sind und darüber sehr enttäuscht waren. Es war hilfreich und auch tröstlich, diesen Enttäuschten mit einem Antrag bei der *Stiftung für ehemalige politische Häftlinge* in Bonn auch eine Möglichkeit zur Erlangung finanzieller Unterstützung anbieten zu können. Damit konnten durchaus auch Momente der Verbitterung aufgefangen werden, und wirtschaftlich wirklich schlecht versorgte Menschen bekommen auf diesem Wege eine für sie wichtige Hilfe.

Da es in den alten Bundesländern keine Landesbeauftragten gibt, erreichen uns auch telefonische Anfragen von Menschen, die früher einmal in Sachsen gelebt haben und sich nun bei uns Rat holen wollen. Viele dieser Menschen haben sich jahrelang nicht um ihre Vergangenheit gekümmert, da der Neustart im Westen sie förmlich in eine andere Welt katapultiert hatte. Oft sind es Veranstaltungen, Fernsehberichte oder ein Interview mit Lutz Rathenow, die sie dazu animieren, sich bei uns zu melden. Auch unsere Infostände zum Festakt beim "Tag der Deutschen Einheit" tragen dazu bei. In den letzten Jahren fanden die Feierlichkeiten ausschließlich in den alten Bundesländern statt. Unser Infostand, den wir gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten ausrichten, wurde im letzten Berichtszeitraum in Stuttgart von vielen Interessierten besucht, die auch Fragen zur strafrechtlichen Rehabilitierung und zur Opferrente, aber auch ganz allgemein zum Thema Akteneinsicht und Aufarbeitung hatten.

## **Haftfolgeschäden**

Da die Problematik der Anerkennung von Haftfolgeschäden immer wieder bei der Beratungsarbeit in den Fokus rückt, hatte die Landesbeauftragte von Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit den Kollegen aus Thüringen, Brandenburg und Sachsen eine zweitägige Fachtagung zu diesem Thema im Februar 2014 in Magdeburg ausgerichtet. Die zuständige Mitarbeiterin und der für die Behörde in der Beratung tätige Utz Rachowski nahmen an der Tagung zum Thema: "SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit" teil. Inhaltlich wurde die Problematik der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden nach SED-Verfolgung besprochen und wissenschaftliche Studien zum Verlauf posttraumatischer Belastungsreaktionen, sowie Qualitätsstandards und die Praxis der Begutachtung vorgestellt.

Auch auf die Folgen verweigerter Anerkennung, die notwendige einfühlsame Beratung und Seelsorge in diesem Kontext wurden besprochen.

Im letzten Tätigkeitsbericht wurde der Fall eines strafrechtlich Rehabilitierten erläutert, der eine Anerkennung seiner Haftfolgeschäden anstrebt. Das Verfahren vor dem Sozialgericht nimmt schon seit Jahren einen sehr schwierigen Verlauf und dauert noch immer an. Dieser Fall "begleitete" auch im vergangenen Berichtszeitraum die Arbeit der Behörde. Der Betroffene hatte wieder mehrere extrem lange Telefonate mit der Beraterin, in welchen er sich über den schleppenden – oder gar nicht vorhandenen – Fortgang seiner Sache vor dem Landessozialgericht beschwerte. Inzwischen wurde auf Antrag des Sozialgerichtes für ihn ein weiteres medizinisches Gutachten erstellt, welches in seinem Sinne ausfiel. Nach Auffassung des Betroffenen verzögert aber der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV) die schnelle Entscheidungsfindung des Gerichtes, indem von dort immer wieder Nachfragen an den Gutachter gerichtet werden. Diese Nachfragen erwecken für den Betroffenen den Eindruck, dass es das einzige Ziel des KSV sei, eine Gerichtsentscheidung im Sinne des Klägers hinauszuzögern und, wenn diese dann doch einmal erfolgen sollte, der KSV in die nächste Instanz gehen würde. Damit würden weitere vier Jahre ins Land ziehen. Größter Kritikpunkt des Betroffenen ist vor allem die Arbeit des KSV, die er als gänzlich kontraproduktiv ansieht. Die Bearbeitung seines Falles dauerte nach seinen Angaben von der Antragstellung bis zur ersten Bescheiderteilung sieben Jahre. Aber auch die Tatsache, dass sein Anliegen vor dem Sozialgericht ausgefochten wird, obwohl sein Kampf um die Anerkennung körperlicher und psychischer Haftfolgeschäden und um beruflichen Schadensausgleich ein eminent politischer sei - weil auf politisches Unrecht zurückführbar - ärgert ihn außerordentlich. Denn aus seiner Sicht müsste der Fall verwaltungsrechtlich zu entscheiden sein. Für ihn ist dieses Vorgehen die Bestätigung seiner Meinung, dass die strafrechtliche Rehabilitierung deshalb nicht ihr Ziel erreiche, weil die Opfer nicht adäquat entschädigt würden. Den Gedanken einer moralischen Genugtuung für die Opfer der politischen DDR-Strafjustiz, den das Bundesjustizministerium in einem Schreiben an ihn betonte und als wesentlich darstellte, lehnt er rundweg ab.

Problematisch an Fällen wie dem geschilderten ist oft - neben den äußerst langwierigen Bearbeitungszeiten - dass sich die Frustration über die nicht oder nicht in ersehnter Weise durchsetzbaren sozialen Ausgleichsleistungen auf das gesamte Verfahren legen. Betroffene sind dann schnell dabei, die Rehabilitierung als solche nur noch als wertlos abzutun und ihr keine wirkliche Relevanz zuzumessen.

Auch die sogenannte Opferrente und die sozialen Leistungen für beruflich Rehabilitierte in besonderer wirtschaftlicher Notlage werden von einigen Betroffenen oft als Almosen empfunden, um von Seiten der Verwaltung den eigentlich bestehenden Rechtsanspruch auf wirkliche Entschädigung abtun zu können bzw. um die Betroffenen hinzuhalten. Andere Betroffene sehen die Opferrente aus dem entgegengesetzten Blickwinkel und nehmen dankbar an, dass die Entschädigung in dieser Form auch eine Anerkennung durch die Gesellschaft für das schwere Schicksal der Opfer politischer Haft sein soll.

## Verfolgte Schüler

Immer wieder kommen in die Beratung Menschen, die eine frühe Traumatisierung erlitten haben, weil ihnen trotz guter oder sehr guter schulischer Leistungen die Möglichkeit verweigert wurde, eine weiterführende Schule zu besuchen, um Abitur abzulegen. Da sich oft die Möglichkeiten für ein "Nachholen" auch später nicht boten, blieben diese Menschen bei minder qualifizierten Beschäftigungen hängen und spüren dies heute bei ihren Rentenansprüchen. Es ist nicht einfach zu vermitteln und widerspricht auch elementarem Gerechtigkeitsdenken, dass für die verfolgten Schüler praktisch keine Ausgleichsleistungen vorgesehen sind.

Schon die Anerkennung als "Verfolgter Schüler" ist meist außerordentlich schwierig, weil im Normalfall keine Unterlagen vorhanden sind, die eine Ablehnung des Besuchswunsches einer höheren Schule belegen, da die entsprechenden Schüler auf die EOS delegiert wurden und es gar kein formales Bewerbungsverfahren gab, das eine förmlich Ablehnung beinhaltet hätte. Deshalb wurden solche Fragen mündlich "geklärt" oder wenn überhaupt formelhaft unkonkret schriftlich mitgeteilt. Wenn es ehemals verfolgten Schülern aber dennoch gelingt, diese Verfolgung nachzuweisen, diese Anerkennung aber dann für sie keinerlei finanzielle Besserstellung zur Folge hat, kommt es gelegentlich zu Fehlerwartungen. Immer wieder kommen deshalb auch Anfragen nach der sogenannten "Opferrente", weil anerkannte Verfolgte Schüler sich teilweise durchaus als "Opfer" fühlen und deshalb auch diese spezielle Zuwendung erhalten wollen. Sie sind dann sehr enttäuscht, dass diese Zuwendung nur für politische Häftlinge unter bestimmten Voraussetzungen gezahlt wird.

Da es derzeit praktisch nicht möglich ist, anerkannten oder auch nicht anerkannten Verfolgten Schülern in irgendeiner Weise eine finanzielle Entschädigung zukommen zu lassen, kann die Wertschätzung der Gesellschaft für standhaftes Verhalten und Nichtkorrumpierbarkeit eigentlich nur über die Empathie und das persönliche Bemühen des Beraters um einen Ratsuchenden erfolgen. Im Berichtszeitraum gab es in der Behörde eine intensive Begleitung einer anerkannten Verfolgten Schülerin, die bei der Ausbildung, die sie jetzt noch nachholt, auf sehr große Schwierigkeiten stieß. Da sie diese nicht mehr beherrschen konnte, wandte sie sich in der Hoffnung auf Hilfe an den LStU. Von Seiten der Behörde wurde sehr viel getan, um aus dieser krisenbeladenen Situation einen gangbaren Weg zu finden. Vor allem wurden mögliche Einsatzstellen geprüft, um in diesem Einzelfall wenigstens noch ein spätes berufliches Fortkommen mit zu ermöglichen zu helfen. Doch die in der Jugend durch klare Gewissensentscheidungen "verbauten" Chancen können unter den momentanen Gegebenheiten meist nicht annähernd kompensiert werden.

Auch in einem Fall von verweigerter verwaltungsrechtlicher Rehabilitierung für einen verfolgten Schüler wurde der LStU einbezogen. Bei der Beratung beschrieb der Betroffene seine Erfahrungen im sozialistischen Schulalltag sehr deutlich. Diese Erfahrungen zeigten, dass dem Kind notwendige Sozialisationserfahrungen in der Schule systematisch verwehrt wurden und damit die Persönlichkeitsentwicklung gravierend negativ beeinflusst wurde.

Welche Folgen widerständiges Verhalten in der kindlichen Entwicklung vor dem Hintergrund eines christlichen Elternhauses haben konnte, zeigen die Passagen aus dem Bericht des Betroffenen über seine Zeit in der POS:

*"In diese Zeit fallen die schwersten Beeinträchtigungen meiner schulischen Laufbahn. Als einziger Schüler eines christlichen Elternhauses in meiner Klasse wurde ich häufig wegen unseres völlig widersinnigen und aufgeklärt rationalem Verstand entgegenstehenden Glaubens stigmatisiert und regelmäßig schikaniert. Seine Wirkungen hatte dieses Handeln seitens der meisten Lehrer in erster Linie auf meine Rolle im Klassenkollektiv. Meine MitschülerInnen hatten nie verstanden, wie ich weder Mitglied der Pionierorganisation sein konnte, an Klassennachmittagen u. ä. Veranstaltungen nicht teilnahm, noch wie ich Manöver und Wehrkundeunterricht verweigerte und zu politischen Lehrauffassungen und Bildungsinhalten konträre Ansichten meines Elternhauses vertrat. Hierbei kam es zu teils heftigen Auseinandersetzungen unter Mitschülern, die ich dann als "Kommunistenschweine" beschimpfte. Solche oft völlig verzweifelten Äußerungen meinerseits wurden dann in breitem Umfang und im Rahmen verschiedenster Aussprachen und Verhöre mit Vertretern des Lehrkörpers, des Elternaktivs und den jeweiligen Eltern problematisiert und entsprechend sanktioniert. Meine Außenseiterrolle wurde durch regelmäßige Auseinandersetzungen dieser Art auf Dauer befestigt. Von Seiten der Lehrenden wurde jeder im Schulalltag sich ergebende Konflikt, an dem ich in irgendeiner Weise beteiligt war, zum Anlass genommen, besonders hart auf mich einzuwirken. Natürlich habe ich solcherlei Sanktionen als Bestrafung meiner Lebenshaltung verstanden. Des Weiteren kann ich mich an fortwährend diffamierende Äußerungen über kirchliche Lebensäußerungen und bekennende Christen erinnern und auch Versuche, meine schulischen Leistungen z. B. durch unerwartete mündliche Leitungscontrollen zu drücken. Darüber hinaus bekam ich auf Klassenkonferenzen, Wandertagen und Jugendherbergsfahrten die Abneigungen anderer Eltern zu spüren (auf Nachtwanderungen z. B. war ich prinzipiell der größte Feigling), die besonders restriktiv auch auf jeden Ansatz eines Fehlverhaltens meinerseits reagierten. Meine Eltern versuchten in dem Dauerkonflikt auf mich einzuwirken, indem sie mich anspornten, mein Engagement trotz und gerade wegen der erschwerten Bedingungen zu forcieren, um alle Versuche zu konterkarieren, mich zu demoralisieren und meine schulischen Leistungen negativ zu beeinflussen. In jedem Falle sollte ich geradlinig bleiben. Dem entsprechend haben mich meine Eltern uneingeschränkt über ihre Beurteilung des politischen Systems der DDR und dessen Widersprüche in Kenntnis gesetzt. Bei Versuchen, diese politische Meinung im Unterricht argumentativ gegen Lehrer durchzuführen, war ich hoffnungslos unterlegen und wurde seitens der Lehrer dann entsprechend "vorgeführt". Zwischen diese Konfliktlinien geriet ich häufig, weil ich oft nach meiner Meinung gefragt oder entsprechend angegriffen und provoziert wurde."*

Das Zitat stammt aus einem Brief eines Ratsuchenden, dem eine verwaltungsrechtliche Rehabilitation abgelehnt wurde. Es verdeutlicht die Schwierigkeiten, mit welchen Kinder u. U. zu

kämpfen hatten und die Komplexität der Auswirkungen von Ausgrenzungserfahrungen als Kind auf das weitere Leben.

### **Nachwirkungen von Systemnähe**

Häufig kommen auch Menschen mit ganz persönlichen Problemen zur Beratung. Da diese Probleme mit dem Prozess der Wiedervereinigung zu tun haben oder einen entfernten Bezug zur Staatssicherheit aufweisen, hoffen sie, diese Probleme mit Hilfe des Landesbeauftragten lösen zu können. Oft geht es um die berufliche Stellung von Menschen, die aus ehemaligen Arbeitszusammenhängen bekannt sind und früher für die SED oder Stasi tätig waren und nach der Wiedervereinigung wieder in hohe Positionen wechseln konnten. Sie sind heute häufig in anerkannten Instituten, gut laufenden selbständigen Unternehmungen oder auch bei privaten Bildungsträgern in führenden Positionen oder als Anteilseigner einer GmbH tätig. Einige derer, die in der DDR unter Repressionen der Funktionäre besonders leiden mussten, wollen nun, wenn diese Leute in hohen gesellschaftlichen Positionen und in sichtbarem Wohlstand ihren Lebensweg wieder kreuzen, deren ehemalige Tätigkeit öffentlich machen. Sie sind verbittert, weil sie als widerständige Menschen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten wo immer möglich beschnitten wurden und in der Umbruchszeit meist durch teilweise lange Zeiten der Arbeitslosigkeit gehen mussten und nun in prekären Verhältnissen leben. Sie wollen gern ein Stück Gerechtigkeit für sich wiederherstellen und tun sich mit der Auskunft, an solcher Stelle nichts bewirken zu können, sehr schwer. Es ist für diese Ratsuchenden schwer zu akzeptieren, dass nur der Öffentliche Dienst seine Mitarbeiter auf Stasiverstrickungen überprüfen ließ und es ansonsten den personalführenden Dienststellen der Unternehmen allein überlassen blieb, ob sie es für nötig hielten, eine Stasi-Überprüfung ihres leitenden Personals durchzuführen und daraus gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.

### **Regionale Spezifika**

Sehr unterschiedlich ist die spezielle Präsenz der unterschiedlichen Opferproblematiken oder DDR-Vergangenheits-Betroffenheiten im Raum des Freistaates Sachsen. Da nur im vogtländischen Raum eine gemeinsame Grenze zur alten Bundesrepublik vorhanden war, ist zum Beispiel die Nachwirkung der Zwangsaussiedlungen in Sachsen eher weniger präsent. Seit 2003 sprachen in den Außen-Beratungen der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten laut Angaben des Beraters sechs Personen mit diesem Hintergrund vor. Meist Ehepaare, die einen Antrag auf Akteneinsicht beim BStU oder auch einen Reha-Antrag auf Berufliche Rehabilitation stellen wollten. Ihre Interessen als ehemalige Zwangsausgesiedelte waren bereits durch Anträge an andere Behörden erfüllt und anerkannt oder eben nicht hinreichend gewürdigt worden.

Andere mit der Haft zusammenhängende Schicksale sind durch exemplarische Haftorte in Sachsen (Bautzen, Hoheneck, Chemnitz Kaßberg u.a.) im DDR-Vergleich besonders häufig, wodurch Themen wie Zwangsarbeit in der Haft und mögliche Entschädigungen häufiger an-

gesprochen werden. Aber auch die Folgen von Zersetzungsmaßnahmen ohne Haft, die Auswirkungen disziplinierender Einwirkungsversuche durch die Psychiatrie, überhaupt von gebrochenen Lebensläufen, die sich nicht in eine Opfer- oder Verfolgtengruppe zuordnen lassen, wünschen oder fordern sehr viel häufiger Beratung und Hilfe.

## **Berufliche Rehabilitierung**

Nach wie vor ein großes Problem stellt die Nichtanerkennung von beruflicher Benachteiligung von Verfolgten dar. Wenn nach oft langen Verfahren am Ende eine Ablehnung des Antrags steht, ist oft kein Verständnis für die Ablehnungsgründe bei den Antragstellern vorhanden. Die Ablehnung als solche wird vielleicht noch verstanden, nicht aber die amtlich formulierte Begründung. Dies führt oft zu Wut und großer Frustration.

Das recht eng auf bestimmte Benachteiligungen ausgerichtete BerRehaG und VwRehaG umfasst nur einen kleinen und eng begrenzten Rahmen an Benachteiligungen als Grundlage für eine Rehabilitierung. Wenn Betroffene mit abschlägigen Bescheiden der Reha-Behörde zur Beratung kommen, kann die für die Betroffenen oft unverständliche Ablehnung so manches Bescheides erklärt werden und somit auch der Frust über die Nichtanerkennung der erlittenen Ausgrenzungen und beruflichen Benachteiligungen manchmal gemildert werden. In dem Moment, wo die gesetzlichen Grundlagen deutlich dargelegt und erklärt werden, können auch die darüber hinausgehenden Wünsche nach Rehabilitierung im Vergleich zum Gesetz deutlich dargestellt werden und so manche Ablehnung kann überhaupt erst für die Betroffenen verstehbar werden. Der Grund für viele abschlägige Bescheide liegt oft in der sehr konkreten Ausformung des Gesetzes, das die Rehabilitierung von sogenannten "Aufstiegsschäden" grundsätzlich nicht zulässt. Genau diese sind jedoch sehr oft der eigentliche Grund des Bemühens um Rehabilitierung. Meist ist die Erfahrung, schlechter behandelt worden zu sein als vergleichbare Kollegen, der Grund für das Rehabilitierungsersuchen.

Aber auch bei ausgesprochener Rehabilitierung ist damit oft das zugrundeliegende Problem noch nicht gelöst. So war im Berichtszeitraum eine Frau wieder in der Behörde, weil sie zwar bereits vor vielen Jahren die berufliche Rehabilitierung erhielt, sie sich aber nachfolgend nicht wieder in ihr berufliches Arbeitsumfeld eingliedern konnte. Die ehemalige Lehrerin war unter Drohungen Mitte der 1980er Jahre aus dem Schuldienst gedrängt worden und hatte einen Aufhebungsvertrag unterschrieben. Die damalige Zwangssituation war auch anhand von Stasi-Akten nachweisbar, so dass eine Rehabilitierung erfolgte. Als sie sich allerdings nach der Wiedervereinigung um Wiedereinstellung in den Thüringischen Schuldienst bewarb, konnte sie keine Stelle in der Saalfelder Umgebung, wohin sie nach der Quasi-Entlassung in Dresden gezogen war, erhalten. Bei den Bewerbungen im Schuldienst wurde sie mehrfach abgewiesen, weil zunächst keine Lehrer gebraucht wurden und später ihre Fächerkombination nicht gefragt war. Daraufhin hatte sie die letzten Jahre immer mal wieder verschiedene Mini-Jobs oder andere ähnlich prekäre Beschäftigungen aufnehmen können. Eine solche Bilanz ist beschämend, und die Frustration der Betroffenen durchaus nachvollziehbar.

Von unserer Behörde konnte selbstverständlich keine Stelle im Schuldienst angeboten werden, dennoch haben wir uns bemüht, eine, über einen Mini-Job hinausgehende, geistig sinnvolle Tätigkeit zu finden. So konnten wir sie an eine Gedenkstätte vermitteln, wo sie gelegentlich als Zeitzeugin auftritt und sich mit Jugendlichen oder anderen Besuchergruppen austauschen und ihre Erfahrungen mit einem totalitären Staat vermitteln kann.

### **Beratung ehemaliger Heimkinder**

Die Anfragen ehemaliger Heimkinder bei der Behörde stiegen im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahresniveau an. Viele der Kontaktsuchenden waren aufgeschreckt von den Pressemeldungen, dass die Mittel des Heimkinderfonds aufgebraucht seien, ohne dass sie bisher persönlich Ansprüche anmelden oder davon profitieren konnten. Andere fühlten sich von den später folgenden Meldungen, der Heimkinderfonds solle massiv aufgestockt werden, angesprochen. In dieser leicht diffusen Meldungsvielfalt wandten sich viele Betroffene in ihrer Grundverunsicherung an den Landesbeauftragten. Sie wurden nach dem Ende der ersten Auszahlungsphase getröstet und ermuntert, sich trotz der gegenwärtigen Probleme bei der Anlauf- und Beratungsstelle in Leipzig zu melden und einen Beratungstermin dort schriftlich zu vereinbaren. Es zeichnete sich bereits ab, dass eine politische Lösung dieses Problems gesucht und gefunden werden sollte. Nachdem die Beunruhigung einigermaßen abgeklungen war, kamen zwar immer wieder Beschwerden über die langen Wartezeiten für einen Gesprächstermin, aber letztlich konnte doch in den allermeisten Fällen das Verständnis geweckt werden, dass keiner, der sich meldet, um seine Chancen auf Hilfe gebracht werden würde.

In den Problemkreis Heimkinder spielen auch die Anfragen von Menschen mit hinein, die den Verdacht hegen, sie könnten in ihrer frühen Kindheit zwangsadoptiert worden sein. Auch solche Anfragen kamen in der Berichtsperiode auf den LStU zu.

Ein symptomatischer Fall war der einer Frau, die glaubte, aus der Abstammungsurkunde Hinweise auf eine Zwangsadoption gefunden zu haben. Die Ratsuchende war auf eigene "Ermittlungen" angewiesen, weil ihre Mutter bereits verstorben war und mit dieser über viele Jahre kein Kontakt bestand. Ihr Vater, der sich vor vielen Jahren von der Mutter getrennt hatte, war zudem nicht bereit, über diese Sache mit seiner Tochter zu sprechen. Die Betroffene hatte herausgefunden, dass sie mit sechs Jahren von ihrer Mutter getrennt wurde und in ein Kinderheim kam, wo sie fünf Jahre lang blieb. Dann wurde sie zur Adoption freigegeben. Sie kann nicht glauben, dass dies freiwillig geschah und versucht, die Hintergründe und die Lebensumstände ihrer Eltern in Erfahrung zu bringen. Sie wurde bei ihren Recherchen – die noch andauern – von der Behörde unterstützt und dazu beraten, wie die Antragstellung auf Akteneinsicht für die verstorbene Mutter erfolgen kann. Auch ein Hinweis auf die innerhalb der UOKG mit der Problematik befasste Beraterin in Berlin wurde ihr gegeben.

Gerade für ehemalige Heimkinder scheint es von ganz besonderer Bedeutung zu sein, ihre Berichte von Aufenthalten in Heimen und sich daran anschließende Probleme in zugewandter Atmosphäre besprechen zu können und Hilfe zu erhalten bei den oft späten Versuchen, die



eigene Biographie besser zu verstehen. Der Wille der Gesellschaft – ausgedrückt durch den Heimkinderfonds – zur Wiedergutmachung an den Betroffenen wird von vielen Heimkindern als spätes Bemühen um Ausgleich ihrer schwierigen Lebensstartsituation empfunden, auch als Aufwertung ihres Schicksals in der Gesellschaft und deren Anerkennung.

## **Opferverbände als Beratungshelfer**

Der Landesbeauftragte versucht, die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vielfältig in ihrer Arbeit zu unterstützen, den Austausch dieser untereinander zu fördern - durch Informationsweitergabe, Zeitzeugenberatung, Kontaktvermittlung und Projektförderung. Und manchmal versucht er auch, Konflikte zu moderieren. Die Verbände unterstützen ihrerseits aber die Arbeit des Landesbeauftragten und anderer an einem entscheidenden Punkt: durch ihre Beratungs- und Betreuungsarbeit untereinander.

Es hat sich als sehr hilfreich erwiesen, mit engagierten und kompetent arbeitenden Opferverbandsvertretern gemeinsam zu wirken. Die finanzielle Förderung der Verbandsarbeit durch die vom Landtag bereitgestellten und durch das Justizministerium verwalteten Mittel ist eine echte Hilfe zur Selbsthilfe. Gut arbeitende Verbände, wie die traditionell in Sachsen sehr starke VOS oder das *Bautzen-Komitee* bilden einen weiteren Teil des Netzwerks der Anteilnahme. Der langjährige Vorsitzende des Bautzen-Komitees Harald Möller beschrieb es in einem Brief so:

*"Bei den von uns betreuten ehemaligen politischen Häftlingen handelt es sich, wie bereits im Antrag angegeben, um Menschen zwischen 80 und 90 Jahren, die in den Jahren 1946 bis 1953 überwiegend als junge Männer von sowjetischen Militärgerichten zu hohen Haftstrafen (überwiegend 25 Jahre) verurteilt und unter unmenschlichen Verhältnissen ihre Jugendjahre hinter Gitter und Stacheldraht verbringen mussten. Zum größten Teil mussten sie mit Hunger, mangelnder Hygiene und körperlich/psychischer Folter mit Krankheiten (Tbc) leben. Ab den 50er Jahren kam es zu Entlassungen, die von den ehemaligen Häftlingen dann zur Flucht in den Westen genutzt wurden. Hier haben diese Menschen dann, soweit es sich bei der Verhaftung noch um Schüler und Studenten gehandelt hat, Abschlüsse (Abitur, Studium) nachgeholt. Viele davon haben erstaunliche Karrieren erreicht (Professoren, höhere Staatsbeamte, Lehrer der verschiedensten Lehrämter, Pfarrer usw.). Diese Kameraden waren insgesamt geachtete Persönlichkeiten, genossen später mit Freude ihren wohlverdienten Ruhestand und gerieten meist nach Verlust des Ehepartners in ein großes Lebensloch. Vereinsamt begannen sie sich ihrer Kameraden zu entsinnen und suchten wieder entsprechende Kontakte. Anfangs noch im erträglichen Maße steigerten sich diese Kontakte ganz immens. Unsere gut gemeinten Ratschläge, sich wegen der traumatischen Erlebnisse und Kümernisse in eine Behandlung von Experten zu begeben, wurde stets damit abgelehnt "man wolle sich nicht eingestehen, nach all den schrecklichen Erlebnissen, einem danach starken beruflichen Erfolg als Schwächling und Kranker dazustehen."*

Gerade das Leben im Westen Deutschlands stellt sich für die ehemaligen Häftlinge im Alter mitunter als besonderes Problem dar, weil sie sich mit ihren Sorgen alleingelassen fühlen und ihnen Bezugspersonen, die ein ähnliches Schicksal erlitten haben oder dies zumindest adäquat einschätzen können, weil sie den gleichen Erfahrungshorizont hatten, fehlen. Diese Erfahrungsisolation tritt häufig im Alter auf. Umso positiver ist es, dass, wie Harald Möller ausführt, viele dem bewusst etwas entgegen setzen:

*"Des Weiteren leisten sehr viele unserer noch sich wohlfühlenden Kameraden Dienst als Zeitzeugen, weitgehend in Schulen, speziell Abiturklassen. Zeitzeugentätigkeit ist also auch eine Methode der persönlichen Verarbeitung des Geschehens."*

Der Landesbeauftragte ist den Verbänden dankbar für die Hilfe bei der Beratung der Betroffenen, gerade auch deshalb, weil durch den unmittelbaren Kontakt der Verbände zu Hilfesuchenden in den Regionen viele unterschiedliche Themen angestoßen und Bedürfnisse artikuliert werden, von denen der Landesbeauftragte und seine wenigen Mitarbeiter in der Fülle und Vielfalt keine genaue Kenntnis hätten.

## **1.2. Beratung von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen**

An den Landesbeauftragten wurden von verschiedenen Gebietskörperschaften Anfragen herangetragen, die sich im Kern mit dem korrekten Umgang von möglicherweise stasibelasteten Mitarbeitern befassten. Der Landesbeauftragte sollte hier vor allem Stellung beziehen, wie mit öffentlichen Vorwürfen umzugehen sei, wie eine freiwillige Überprüfung erfolgen könne und welche Schritte dabei eingeleitet werden sollten. Im Wesentlichen ging es hierbei eher um Verfahrensfragen, weniger um konkrete Fälle, die bewertet werden sollten. Darüber hinaus ging es um Fragen, wie beispielsweise der Dienst beim *Wachregiment Feliks Dzierzynski* eingestuft werden könne.

## **2. Bewertung von Stasi-Unterlagen**

Im Berichtszeitraum wurde drei fachliche Einschätzungen zur Bewertung eines IM-Vorgangs erteilt. Neben der Bewertung der Akten wies der Landesbeauftragte in zahlreichen Gesprächen auf weitere Recherchemöglichkeiten im Staatsarchiv und auf andere mögliche Archivstandorte hin. Mehrere Gespräche unterschiedlicher Art hatten jedoch darüber hinaus speziell mit in der BStU gelesenen Akten, der Kontextualisierung von herausgegebenen Aktenkopien, vermutlich vorhandenen Akten und ihrer Auffindbarkeit zu tun. Auch institutionell fand – zum Beispiel als Mitglied einer Bewertungskommission in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – eine Bewertung und Deutung von Stasi-Unterlagen oft im Zusammenspiel mit anderen Dokumenten statt. Wie beim Punkt 1 können hier Problemkonstellationen aus vertraulichen Gesprächen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht rekapituliert werden. Der Um-

gang mit und die Auswertbarkeit von Akten des MfS wird im nächsten Bericht des Landesbeauftragten stärker thematisiert (u. a. zu den Fragen Datenschutz und Persönlichkeitsrechte).

### **3. Unterrichtung der Öffentlichkeit und politische Bildung**

Die Bildungsarbeit des Landesbeauftragten hat das Ziel, eine breite Öffentlichkeit über die Staatssicherheit in der DDR, ihre Rolle im politischen System und die Zusammenhänge ihres Wirkens und die bis heute anhaltenden Folgen zu informieren. Der Landesbeauftragte ist bemüht, durch ein vielgestaltiges Angebot unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen und verschiedene Erfahrungshintergründe und Interessenslagen angemessen zu berücksichtigen. Vor allem Jugendliche, die das Leben in der DDR nur aus Filmen, dem Schulbuch oder aus Erzählungen anderer kennen, stehen im Mittelpunkt unserer Bildungsarbeit.

#### **3.1. Vorträge und Projekte in Schulen**

Die Bildungsarbeit in Schulen zeigt wie in den Jahren zuvor, dass fast nur noch projektorientierte Angebote gewählt werden. Diese Entwicklung zeigt, dass sich die Curricula für das Fach Geschichte, die bewusst auf selbstständiges Arbeiten mit Quellen und auf gruppenorientierte Lernformen setzen, weitgehend durchgesetzt haben. Auch im letzten Jahr fand das gut etablierte Projekt „Der ‚Fall‘ in der Tasche. Beispiele aus dem Alltag Jugendlicher in der DDR“ großen Zuspruch. Dieses Projekt hebt sich von Bildungsangeboten anderer Bildungsträger vor allem dadurch ab, dass es einerseits eine Fülle von Originalgegenständen beinhaltet und andererseits auch Auszüge aus Stasi-Akten einbezieht, die in direktem Zusammenhang zur Alltagswelt der damals Jugendlichen stehen.

Neben Dresdner Schulen, konnten auch Schulen im gesamten Freistaat erreicht werden, u. a. in Zschopau, Radebeul, Oelsnitz und Sohland. Im zurückliegenden Berichtszeitraum konnten wir gerade auch beim Kofferprojekt von unserem Bundesfreiwilligen Stefan Große profitieren, der mit viel Engagement das Projekt betreute.

Das zweite Projekt unserer Behörde, das vor allem das quellenkritische Arbeiten der Schüler fördert, heißt „Zwischen Wahrheit, Fiktion und Manipulation – ein deutsch-deutscher Zeitungsvergleich“. Es arbeitet mit Nachdrucken von Originalzeitungen aus der DDR und der Bundesrepublik, die anhand verschiedener Themen (z. B. 17. Juni 1953, Mauerbau und Prager Frühling) kontrastierend analysiert werden. Neben den Zeitungen gibt es ein umfangreiches Begleitmaterial, das den ereignisgeschichtlichen Hintergrund beleuchtet und allgemeine Informationen zum Thema Medien in der DDR und Bundesrepublik bereithält. Wenngleich dieses Projekt den Schülern ein hohes Lesepensum abverlangt, ist es bisher sehr gut angekommen. Das Projekt wurde in Dresden, Oelsnitz und Chemnitz durchgeführt.

Der Landesbeauftragte ist bemüht, seine Bildungsprojekte im gesamten Freistaat durchzuführen, gerade dort, wo es keine Museen, Bildungs- oder Gedenkstätten gibt. Oft steht je-

doch die langwierige Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln und die Dauer des eigentlichen Projektes in keinem Verhältnis. Die Zentrale Fahrbereitschaft konnte aufgrund fehlender Ressourcen nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden.

Die Nachfragen nach unseren Bildungsangeboten waren im letzten Jahr stabil, bis ansteigend. Das Thema DDR-Geschichte ist in den letzten Jahren zunehmend stärker ins Bewusstsein der Geschichtslehrer gerückt. Es wurde zum "normalen Lehrinhalt", der zuvor häufig ausgeklammert oder verkürzt dargestellt wurde. Wir haben es mit einer neuen Lehrer-Generation zu tun, die dieses Thema stärker in den Unterricht einbeziehen will, auch weil die jüngeren Lehrer weniger Berührungängste haben als viele ihrer älteren Kollegen.

Der Landesbeauftragte informiert die Fachschaften Geschichte im gesamten Freistaat regelmäßig über aktuelle Bildungsangebote. Darüber hinaus sind die Angebote werbewirksam in der Schulkino-Broschüre platziert. Neben den allgemeinen Info-Briefen an die Fachschaften erhalten die Lehrer regelmäßig Info-E-Mails. Zudem erhalten Lehrer Einladungen zu Fortbildungen, bei denen eigene Projekte oder aber Bildungsangebote anderer Träger vorgestellt werden. Diese Fortbildungen werden in der Behörde oder aber auch als schulinterne Fortbildung angeboten.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum konnten fast alle Anfragen interessierter Lehrer berücksichtigt werden, dies jedoch nur, weil unser Bundesfreiwilliger sehr engagiert und kompetent war und uns hier stark entlastete. Unter diesen Bedingungen kann jedoch eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Bildungsarbeit oder gar die Erarbeitung neuer Projekte kaum erfolgen. Auch eine nennenswerte quantitative Verstärkung der Bildungsarbeit kann mit der Personalausstattung der Behörde nicht geleistet werden.

Eine Möglichkeit, der erhöhten Nachfrage zumindest ansatzweise zu entsprechen, besteht in der Verbreitung verschiedenster Projektmaterialien und Medien, die den Lehrern von uns zur Verfügung gestellt werden. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurde beispielsweise die Plakatausstellung zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 „Wir wollen freie Menschen sein“ in größerer Stückzahl angekauft und an interessierte Schulen weitergegeben. Ebenso wurde die vom Bundesbeauftragten erarbeitete DVD „Ein Volk unter Verdacht“ über das Wirken der Staatssicherheit angekauft und weiterverbreitet. Hingewiesen wurde zudem auf die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung geförderten Filmdokumentationen, die zu einer geringen Schutzgebühr bestellt werden können. Mittlerweile liegt hier eine beachtliche Auswahl an Filmen vor, die auch im Rahmen von Lehrerfortbildungen beim Landesbeauftragten vorgestellt und den Lehrern zur Verfügung gestellt wurden.

Ungeachtet der Materialfülle sollte die Wirkung von Zeitzeugengesprächen oder das unmittelbare Gespräch mit externen Experten für die Herausbildung von Werteurteilen und Geschichtsbewusstsein nicht unterschätzt werden. So kann ein Zeitzeugengespräch einen weitaus nachhaltigeren Eindruck machen als die Erarbeitung eines Themas anhand von Materialien. Leider ist diese Form der Geschichtsvermittlung sehr zeit- und personalintensiv. Deshalb sollte perspektivisch eine angemessene personelle Ausstattung der Behörde im Bereich der Bil-

dungsarbeit Priorität haben, zumal die immer wieder erfolgende Einbeziehung von Zeitzeugen den doppelten Effekt hat Bildungsarbeit mit praktischer Betreuungsarbeit (Interesse an der Opfergeschichte) zu kombinieren.

### **Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten**

Gerade in der Bildungsarbeit versteht sich der Landesbeauftragte als Einrichtung, die zu den Schulen kommt. Da dies nur in beschränktem Umfang zu realisieren ist, kombinieren wir unsere Bildungsbausteine mit Angeboten anderer Bildungsträger, vor allem Gedenkstätten. Ein Angebot, das mittlerweile zum Standardprogramm zählt, ist die Kooperation mit dem Schulkino Dresden und der *Gedenkstätte Bautzner Straße*. Unsere Behörde bietet ergänzend zu Filmen mit thematischem Bezug ein Filmgespräch und einen Vortrag zum Thema Staatssicherheit an. Im Anschluss folgt eine Führung durch die Gedenkstätte mit einem Zeitzeugen, der für das Gespräch mit den Schülern zur Verfügung steht.

Wie bereits mit der *Gedenkstätte Ehemaliger Geschlossener Jugendwerkhof Torgau* erprobt, unterstützen wir auch in der Dresdner *Gedenkstätte Bautzner Straße* Zeitzeugengespräche, die im Herbst 2013 mit ganz unterschiedlichen Besuchergruppen stattfanden.

<b>Datum</b>	<b>Besuchergruppe</b>	<b>Zeitzeuge</b>
07.11.2013	Bildungszentrum Schleife	Michael Schlosser
09.11.2013	Landesgymnasium St. Afra	Elmar Scholz
11.11.2013	Julius-Ambrosius-Hülße-Gymnasium	Marcus Sandmann
11.11.2013	Martin-Andersen-Nexö-Gymnasium	Jürgen Gottschalk
11.11.2013	Martin-Andersen-Nexö-Gymnasium	Marcus Sandmann
12.11.2013	Julius-Ambrosius-Hülße-Gymnasium	Marcus Sandmann
13.11.2013	Julius-Ambrosius-Hülße-Gymnasium	Marcus Sandmann
14.11.2013	Gauß-Oberschule	Michael Schlosser
15.11.2013	AWO Landesverband Sachsen e.V.	Marcus Sandmann
24.11.2013	National Bank AG	Jürgen Gottschalk
28.11.2013	Karl-Theodor-Molinari-Stiftung	Jürgen Gottschalk
30.11.2013	Katholische Pfarrgemeinde St. Paulus Dresden	Jürgen Gottschalk
11.12.2013	Hermann-Ehlers-Stiftung	Michael Schlosser

11.12.2013	Bildungszentrum Schleife	Michael Schlosser
11.12.2013	Finanzamt Dresden Nord	Jürgen Gottschalk

Auch mit der Gedenkstätte Ehemaliger Geschlossener Jugendwerkhof Torgau fanden im letzten Berichtszeitraum zahlreiche von uns geförderte Zeitzeugengespräche statt.

<b>Datum</b>	<b>Besuchergruppe</b>	<b>Zeitzeuge</b>
04.07.2013	Evangelische Hochschule Dresden	Alexander Müller
10.07.2013	Immanuel-Kant-Gymnasium Leipzig	Stefan Lauter
24.07.2013	Volkssolidarität Königwusterhausen	Kathrin Begoin
28.07.2013	Kirchgemeinde Brück	Rainer Buchwald
15.08.2013	Mutter-Kind-Wohngruppe Leipzig	Kathrin Begoin
29.08.2013	Heimerer Schulen Torgau	Kathrin Begoin
30.08.2013	AWO Akademie Mitteldeutschland	Heidemarie Puls
14.09.2013	Heimkindertreffen	Kathrin Begoin
08.10.2013	HOGA-Schulen Dresden	Alexander Müller
09.10.2013	Friedrich-Tschanter-Oberschule Eilenburg	Dietmar Rummel
06.11.2013	Voltaire-Gesamtschule Potsdam	Stefan Lauter
16.11.2013	amerikanische Reisegruppe	Sonja Sprößig
18.11.2013	J.-Clarius-Oberschule Herzberg	Kathrin Begoin
19.11.2013	Arbeit und Leben Sachsen	Kathrin Begoin
23.11.2013	Fachakademie für Sozialpädagogik Hof	Ralf Weber
25.11.2013	BStU Berlin	Heidemarie Puls
26.11.2013	Oberschule Beilrode	Heidemarie Puls
27.11.2013	Sekundarschule Dessau-Roßlau	Kathrin Begoin
20.01.2014	Hochschule Mittweida	Kathrin Begoin

23.01.2014	AWO Dresden – BFD	Kathrin Begoin
30.01.2014	Heimerer Schulen Leipzig	Dietmar Rummel
31.01.2014	Heimerer Schulen Leipzig	Alexander Müller
04.02.2014	Arbeit und Leben Mecklenb.-Vorpomm.	Alexander Müller
13.02.2014	Johanniter Akademie Mitteldeutschland	Kathrin Begoin
14.02.2014	Weitwinkel e.V. Zwickau	Alexander Müller
20.02.2014	Öffentliches Zeitzeugengespräch	Heidemarie Puls
22.02.2014	Roland-Berger-Stiftung	Dietmar Rummel
06.03.2014	Burgwaldschule Frankenberg	Ralf Weber
14.03.2014	Herbie e.V. Leipzig	Kathrin Begoin
17.03.2014	Johanniter Akademie Mitteldeutschland	Heidemarie Puls
18.03.2014	Heimerer Schulen Leipzig	Heidemarie Puls
28.03.2014	Integrierte Gesamtschule Jena	Alexander Müller
08.04.2014	BSZ Lichtenstein	Alexander Müller

Eine neue Art der Kooperation fand im September 2013 mit der Gedenkstätte Bautzen statt. So unterstützte der Landesbeauftragte die Anreise von dreizehn Zeitzeugen nach Bautzen im Rahmen des *Tags des offenen Denkmals* in der Gedenkstätte Bautzen. Hier standen die Zeitzeugen den ganzen Tag für Gespräche bereit und beantworteten die Fragen der Besucher. Da viele der ehemaligen Häftlinge nicht in Bautzen oder in der näheren Umgebung wohnen, ist es wichtig, die Anreise und Unterbringung zu unterstützen. Der Bericht über den Tag des offenen Denkmals befindet sich im Anhang.

Die konkrete und differenzierte Zeitzeugenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unserer Bildungsarbeit. Das fortschreitende Alter vieler Zeitzeugen erschwert das direkte Gespräch in Schulen sehr, weil es für die Zeitzeugen immer beschwerlicher wird, unterwegs zu sein. Hier wäre es unbedingt erforderlich, in einer breit angelegten Zeitzeugenbefragung wichtige Erfahrungen filmisch festzuhalten. Leider stehen für solche Dokumentationen keine personellen Ressourcen zur Verfügung. Beim Kongress der Landesbeauftragten im April 2014 war ein Filmteam vor Ort, das für die Aufzeichnung der Erfahrungsberichte zur Verfügung stand. Dominofilm erstellte im Nachgang eine DVD mit neun Berichten.

<b>Zeitzeugen beim Tag des offenen Denkmals in der Gedenkstätte Bautzen</b>	
<b>Zeitzeuge</b>	<b>Haftzeit in Bautzen II</b>
Wolfram Beck	1978-1979
Sigrid Grünewald	1982
Udo Havel	1973-1979
Bärbel Henrich	1975-1977
Wolfgang Henrich	1975-1977
Andreas Herzog	1979-1983
Wolfgang Kempe	1983-1985
Xing-Hu Kuo	1966-1972
Gerd Last	1967-1969
Jens Leck	1979-1982
Dieter Loge	1986
Renate Loge	1986
Dietmar Lorenz	1962-1966

Dessen ungeachtet realisieren wir so viele Zeitzeugengespräche wie möglich. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden mehr Gespräche durchgeführt als in den Jahren zuvor. Dies lag auch an unserem Bundesfreiwilligen, der die Gespräche mit Freude betreute. Viele Zeitzeugengespräche wurden in Dresden, in Görlitz und im Rahmen von Projekttagen in Großenhain, Meißen und Bautzen durchgeführt.

Diese Gespräche fanden an Berufsschulen, Mittelschulen und Gymnasien statt. Der Landesbeauftragte bietet Zeitzeugengespräche ausschließlich in begleiteter Form an, so dass der Zeitzeuge vorgestellt, das Gespräch moderiert und die individuelle Erfahrung des Einzelnen durch einen Moderator in einen übergeordneten Zusammenhang eingebunden wird.

### **Unterstützung externer Projekte**

Der Landesbeauftragte unterstützte auch im zurückliegenden Berichtszeitraum verschiedene externe Bildungsprojekte - sowohl durch Vermittlung von Ansprechpartnern und Zeitzeugen, durch Bereitstellung von Hintergrundinformationen oder Fotos als auch durch unmittelbare Mitwirkung. Zu nennen wäre u. a. hier das Bildungswerk für Kommunalpolitik in Hoyers-



werda, das Sächsische Kultusministerium, das Martin-Luther-King-Zentrum in Werdau, die Stadt Plauen, das Stadtmuseum Dresden oder die „Initiativgruppe Herbst ’89“ in Leipzig.

### **Kooperationen mit anderen Projektpartnern**

#### **Theaterperformancegruppe Thomas Förster, Regina Felber und Katja Heiser**

Die im letzten Berichtszeitraum angebotene Theaterperformance „Alles auf Hoffnung – vom Mitmachen und Aufbegehren am Ende der DDR“ konnte auch im letzten Jahr wieder auf Tour gehen. Unser Konzept, junge Leute über einen sinnlichen Zugang durch O-Töne und originale Textquellen direkt in die Vergangenheit eintauchen zu lassen, kam gut an. Die Resonanz in den Schulen war durchweg positiv. Auch die inhaltliche Erweiterung hin zu mehr Allgemeinem, das das Leben in der DDR als Ganzes erfahrbar macht, war wichtig, weil die Schüler immer weniger eine Vorstellung vom Leben in der Diktatur haben.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum haben wir die Auftrittstermine in zwei Phasen aufgeteilt, so dass wir eine Herbst- und eine Frühjahrsspielzeit anbieten konnten. Insgesamt konnten 26 Aufführungen realisiert werden. Die Zahl der Anfragen war jedoch höher. Die Vorstellungen fanden vor allem in Mittelschulen, aber auch in Gymnasien und Beruflichen Schulzentren im gesamten Freistaat statt.

#### **Folgende Schulen wurden berücksichtigt:**

<b>Datum</b>	<b>Uhrzeit</b>	<b>Ort / Schule</b>
24.09. 2013	09:00	Dresden: Oberschule Schönfeld
25.09. 2013	07:30	Dresden: BSZ Gastgewerbe Dresden
25.09. 2013	12:30	Dresden: Oberschule Radebeul-Mitte
26.09. 2013	07:30	Dresden: Schillerschule
02.10. 2013	07:30	Dresden: BSZ Gastgewerbe Dresden
05.11. 2013	09:55	Dresden: Kreuzgymnasium
06.11. 2013	09:30	Oelsnitz: Oberschule Oelsnitz
07.11. 2013	11:30	Niederwiesa
11.11. 2013	11:15	Glauchau: Agricola-Gymnasium
12.11. 2013	09:20	Oberschule Flöha - Plaue

13.11. 2013	07:30	Dresden: BSZ Gastgewerbe Dresden
14.11. 2013	12:20	Görlitz: Melanchthon Mittelschule
18.11. 2013	07:30	Strehla: Mittelschule Strehla
18.11. 2013	13:00	Leipzig: Nachbarschaftsschule Leipzig
21.11. 2013	09:45	Zittau: Mittelschule Zittau
27.11. 2013	08:15	Dresden: HOGA Dresden
03.12. 2013	09:20	Radeberg: Humboldtgynasium
03.12. 2013	11:00	Radeberg: Humboldtgynasium
04.12. 2013	11.00	Dresden: Kreuzgynasium
05.12. 2013	10:00	Dresden: HOGA Dresden
05.12. 2013	12:00	Dresden: HOGA Dresden
16.05. 2014	7.30	Hoyerswerda: Foucault-Gymnasium
16.06. 2014	10.45	Dresden: Hans-Erlwein-Gymnasium
17.06. 2014	14.00	Leipzig: Immanuel Kant Gymnasium
24.06. 2014	10:00	Wurzen: Lichtwer Gymnasium
27.06. 2014	08:00	Dresden: Kreuzgynasium

### **Kooperation mit dem Staatsschauspiel Dresden und Rimini-Protokoll Berlin**

Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurde das Projekt „Radioortung – 10 Aktenkilometer Dresden“ als Koproduktion von Rimini Apparat, dem Staatsschauspiel Dresden und dem Sächsischen Landesbeauftragten bis zum Herbst 2013 weiter geführt und im Rahmen des Theaterfestivals *Parallel Lifes Festival. Das 20. Jahrhundert durch die Augen der Geheimdienste gesehen* (Ein europäisches Theaterfestival mit Produktionen aus Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Deutschland vom 19. bis 22. Juni im Kleinen Haus) wieder ins Programm aufgenommen.

#### Idee des Projektes:

Über zehn Aktenkilometer lagern im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde in Dresden. Wie

wäre es, Protokolle der Observation an den Ort ihres Entstehens zurückzubringen – gelesen und kommentiert von den Observierten? Wie hört es sich heute an, wenn sich ein scheinbarer „Staats- und Klassenfeind“ zu dem äußert, was sich die Staatssicherheit damals zu ihm zusammereimte? Wann wusste er von dem Blick, der ihn begleitete? Wann löst sich das Protokoll von dem ab, was stattfand? Und wie verhält sich ein ehemaliger IM zu seinem Auftrag, was kann aus seiner Perspektive heute erzählt werden? Die Dokumentartheaterspezialisten von Rimini Protokoll machen die damals entstandenen Akten und die heutigen Kommentare und Erinnerungen in einer Art akustischer Ausstellung im Dresdner Stadtraum zugänglich. Die Stadt wird als unsichtbares Museum begehbar, ein hörbares, höchst subjektives Archiv, das jeden einzelnen Besucher fordert, sich Geschichte(n) zu erlaufen. Innovativ neu an diesem Projekt war auch die technische Umsetzung, denn die Radioortung ist kein klassischer Audioguide, sondern ein Format, das GPS-gesteuert funktioniert. Insgesamt wurden 120 Orte in der Dresdner Innenstadt über GPS-Koordinaten mit O-Tönen verknüpft, die dann von selbst starten, wenn der Besucher sich mit seinem programmierten Smartphone in eine bestimmte Zone begibt und über GPS geortet wird. Insgesamt bietet das Hörspiel acht Stunden Audiomaterial. Eine Kooperation mit den Dresdner Verkehrsbetrieben ermöglichte die kostenfreie Nutzung von Bus und Bahn während der Erkundungstour. Das mobile Hörspiel wurde als reguläre Vorstellung im Spielplan angeboten und von Mitarbeitern des Staatsschauspiels kenntnisreich betreut. Neben den wöchentlich sechs Vorstellungen wurden kostenfreie Termine für Schulklassen angeboten.

### **3. 2. Anfragen aus dem Bereich Forschung und Wissenschaft**

Im zurückliegenden Berichtszeitraum erhielt der Landesbeauftragte sehr unterschiedliche Anfragen. Neben den immer wieder auftauchenden Anfragen zu den vor Jahren geführten Zeitzeugeninterviews und deren Nutzung im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten, erreichen uns immer wieder Anfragen zu einzelnen Spezialthemen, wie z. B. zur Geschichte einzelner Haftorte, zu ehemaligen Stasi-Zentralen in der Region, zum Verbleib von Haft-Akten, zum Thema 17. Juni 1953 in Sachsen. Häufig werden über den Landesbeauftragten nach Zeitzeugen und entsprechendem Bildmaterial gesucht. Oft ging es bei den Anfragen um konkrete Ausstellungs- und Publikationsvorhaben. Insbesondere das Dokumenten- und Bildarchiv des Landesbeauftragten und die Zeitzeugeninterviews konnten vielen Nutzern weiterhelfen.

### **3.3. Fortbildungsveranstaltungen für Rechtsreferendare**

Im Berichtszeitraum erfolgte wie in den Vorjahren in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz ein Fortbildungsseminar für Rechtsreferendare, das in Leipzig, Dresden und Chemnitz durchgeführt wurde.

Chemnitz: 16. Juni 2014

Leipzig: 17. Juni 2014

Dresden: 18. Juni 2014

Frau Dr. Aris stellt in diesem Seminar die Rolle der Justiz in der DDR, ihre Indienstnahme durch SED und Staatssicherheit dar und beleuchtet Fragen der Rehabilitierung von DDR-Systemunrecht. Dieser Themenkomplex ist kein Bestandteil der universitären Kerncurricula und die Studenten erfahren in ihrer Ausbildung nichts über diese Zeit. Die Fortbildung ist freiwillig und kein Bestandteil der regulären Veranstaltungen. Im zurückliegenden Berichtszeitraum war die Teilnehmerzahl so groß wie noch nie. Die Referendare stellten viele Fragen sowohl zu dem historischen Hintergrund, aber auch zum heutigen Umgang mit SED-Unrecht.

Gerade vor dem Hintergrund der sehr interessierten Rechtsreferendare bekräftigen wir erneut die Meinung, dass dieser Themenkomplex in der regulären Ausbildung enthalten sein muss, weil viele Facetten dieses Themas – angefangen von den vielseitigen Formen politischer Verfolgung bis hin zu den Fragen einer adäquaten Rehabilitierung heute - mit großer Wahrscheinlichkeit auch einmal Teil der künftigen Berufspraxis der künftigen Juristen sein werden. Da Frau Dr. Aris immer wieder feststellt, dass die Referendare fast nichts dazu wissen, sollte es als drängende Aufgabe betrachtet werden, diese Lücke zu schließen. Dass ein Jurist sein Staatsexamen ablegt, ohne etwas von den „Waldheimer Prozessen“ gehört zu haben, ohne zu wissen, dass es in der DDR Zwangsaussiedlungen und den Häftlingsfreikauf gab, ohne zu wissen, dass missliebige Personen nach § 249, dem Asozialenparagrafen, verurteilt werden konnten, ohne Kenntnis davon zu haben, dass auch heute noch ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die an der Juristischen Hochschule der Staatssicherheit in Potsdam-Eiche ihren Abschluss gemacht haben, ihren akademischen Grad behalten haben und bis heute durchgängig als Juristen aktiv sind, ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Hier wird viel verschenkt, weil gerade hier eine nähere Kenntnis der Sachlage, mehr Verständnis und einen sensibleren Umgang mit dem Thema ermöglichen würden und die Studenten ganz offensichtlich Interesse an solchen Themen haben. Vielleicht sollte im Rahmen der Lehre zumindest auf die vorhandene Literatur hingewiesen werden. Die von mir angebotene Broschüre "Politische Justiz in der DDR", die uns freundlicherweise von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in größerer Stückzahl zur Verfügung gestellt wurde, wurde von fast allen Studenten als hilfreiche Einstiegslektüre mitgenommen. Dass diese Fortbildungen auf Interesse stoßen, zeigt das Feedback der Ausbildungsleiterin, Frau Schlosshan, in dem es heißt:

*"Vielen Dank für die Durchführung der rechtshistorischen Informationsveranstaltungen an unseren drei Stammdienststellen in Chemnitz, Leipzig und Dresden. Nunmehr liegen mir die Rückmeldungen der Referendare vor, die ich gerne an Sie weiterleite:*

*Die Veranstaltung wurde von den Referendaren sehr gelobt. Besonders positiv hervorgehoben wurde Ihr sachlicher und unaufgeregter Vortragsstil und die medial abwechslungsreiche Gestaltung, insbesondere der Einsatz authentischer Dokumente und Film-/Tonaufnahmen.*

*Die Referendare wünschen sich ebenso wie wir Ausbildungsleiter eine regelmäßige Wiederholung der Veranstaltung. [...]"*

### **3.4. Podiumsdiskussionen, Vorträge, Buchvorstellungen, Ausstellungseröffnungen**

Auch im zurückliegenden Berichtszeitraum veranstalteten wir Lesungen, Vorträge und Gesprächsrunden. Häufig fanden die Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Bildungsträgern in Sachsen oder darüber hinaus statt. Mit den Städtischen Bibliotheken Dresden konnten verschiedene Buchvorstellungen und Vorträge realisiert werden. Bei den Veranstaltungen ging es um verschiedene Aspekte der DDR-Vergangenheit, um das Wirken der Staatssicherheit und die Folgen ins Heute. Dabei wurden häufig die Spätfolgen für die Betroffenen und aktuelle Debatten zur Aufarbeitung diskutiert. Viele Veranstaltungen bewegten sich im Umfeld unserer Buchreihe und unserer Ausstellungen. Die Behörde gilt wie in den Vorjahren als interessanter Anlaufpunkt für geschichtlich interessierte Besuchergruppen. Sehr gute Beziehungen bestehen zum Goethe-Institut, zu verschiedenen Landesakademien und Bildungswerken. Die folgende Übersicht gibt eine thematisch eingegrenzte Auswahl wieder, stellt jedoch keine vollständige Veranstaltungsübersicht dar, weil es sehr viele Einzelveranstaltungen gab, die durch den Landesbeauftragten durchgeführt und mit auf den Weg gebracht wurden.

#### **Veranstaltungen zu Publikationen der Schriftenreihe des Landesbeauftragten und zu anderen Veröffentlichungen**

29.08.2013 Dresden, Erich-Kästner-Museum, Lesung mit Thomas Fritz und Lutz Rathenow

12.09.2013, Werdau, Martin-Luther-King-Zentrum, Buchvorstellung mit Stephan Bickhardt

19.09.2013 Dresden, Leonhardi-Museum, Buchvorstellung mit Harald Hauswald und Lutz Rathenow

27.09.2013 Dresden, Stadtbibliothek, Buchvorstellung mit Dr. Nancy Aris und Utz Rachowski

29.10.2013 Görlitz, Stadtmuseum, Buchvorstellung mit Dr. Nancy Aris und Lutz Rathenow

7.11.2013 Geisa, Gedenkstätte Point Alpha, Buchvorstellung mit Dr. Nancy Aris

18.02.2014 Berlin, Kino Babylon, Buchvorstellung mit Harald Hauswald und Lutz Rathenow

07.03.2014 Leipzig, Alte Nikolaischule, Buchvorstellung mit Christoph Wonneberger, Thomas Mayer und Stephan Krawczyk

14.03.2014 Leipzig, Runde Ecke, Buchvorstellung mit Harald Hauswald und Lutz Rathenow

21.03.2014 Leipzig, Runde Ecke, Buchvorstellung mit Christoph Wonneberger, Thomas Mayer und Lutz Rathenow

## **Vorträge und Podiumsdiskussionen im Rahmen von Ausstellungseröffnungen**

4.11.2013, Rothenburg, Ausstellung zum 17. Juni 1953

8.11.2013, Leipzig, Die DDR- Zwischen Repression und Widerspruch

12. 11. 2013, Zittau, Ausstellung zum 17. Juni 1953

13.11. 2013, Leipzig Markleeberg, Die DDR- Zwischen Repression und Widerspruch

## **Veranstaltungen in Polen und Tschechien und mit dem Themenbezug Ostmitteleuropa:**

16.09.2013, Prag, Goethe-Institut, Vortrag von Lutz Rathenow zum Umgang mit der jüngsten DDR-Vergangenheit

11.04.2014, Wrocław, Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau, Vorstellung des Lehrbuchs „Vor allem Freiheit. Widerstand, Revolte, Opposition. DDR – VR Polen“ mit Dr. Nancy Aris

08.05.2014, Bautzen, Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, Podiumsdiskussion mit Anna Šabatova, Krzysztof Ruchniewicz, Pal Tamas und Dr. Nancy Aris

30.05.2014, Warschau, Festival Karuzela Cooltury, Podiumsdiskussion zum Thema „Falsche Prophezeiungen? Der runde Tisch aus den Augen ausländischer Korrespondenten“ mit Lutz Rathenow

## **Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Gedenken und Opferberatung**

26.10.2013, Berlin, im Rahmen des UOKG Kongresses, Vortrag von Lutz Rathenow „Probleme bei der Rehabilitierung, Entschädigung und Beratung“

7.10.2013, Plauen, im Rahmen der Feierstunde zur Friedlichen Revolution, Ansprache von Lutz Rathenow

24.11.2013, Bautzen, Einweihung des Gräberfeldes auf dem Karnickelberg mit Lutz Rathenow

31.03.2014, Bautzen, Gedenkandacht in Erinnerung an den Häftlingsaufstand in Bautzen

Darüber hinaus beteiligte sich der Landesbeauftragte an einer Vielzahl von Veranstaltungen als Podiumsgast, durch finanzielle Unterstützung und inhaltliche Zuarbeiten. Zudem nutzte Lutz Rathenow mehrere Gelegenheiten, um in Schulen selbst als Zeitzeuge mit den Schülern ins Gespräch zu kommen. Wie dies bei den Schülern ankommt, zeigt die Rückmeldung einer Lehrerin vom Gymnasium Bürgerwiese in Dresden vom 13. Februar 2014:

*"Sehr geehrter Herr Rathenow,*

*seien Sie noch einmal herzlich bedankt für die den Schülern bereitete unterhaltsame und informationsreiche Stunde am gestrigen Nachmittag. Als ich heute die Ausstellung abholte, kam mir ein Schüler entgegen und meinte, das sei gestern ja wirklich gut gewesen! Auf meine Nachfrage, was bzw. wie denn genau, kam dann: "Ich hätte nicht gedacht, dass es mir so lange Spaß macht zuzuhören. Es war ja auch manchmal lustig und spannend..." Ich denke, auch Sie verstehen diesen O-Ton als großes Lob! ..."*

### **3.5. Tagungen**

Der Landesbeauftragte hat im zurückliegenden Berichtszeitraum Tagungen veranstaltet, mit ausgerichtet oder deren Zustandekommen mitfinanziert.

#### **Fachtagung „SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit. Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden sowie psychosoziale, therapeutische und seelsorgerische Perspektiven“ am 24. und 25. Februar 2014 in Magdeburg**

Die Fachtagung war als Anstoß für die Errichtung eines Beratungsnetzwerkes gedacht. Die wurde mit der Landesbeauftragten in Sachsen-Anhalt, dem Thüringer Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Konrad Adenauer Stiftung Wendgräben veranstaltet. Über 100 Tagungsteilnehmer aus Politik, Verwaltung, Opfernverbänden und Aufarbeitungsinitiativen kamen zusammen und diskutierten über die dringend notwendige Verbesserung der Begutachtung gesundheitlicher Folgeschäden bei Betroffenen. Ein zweiter Schwerpunkt lag auf Fragen der Therapie, der psychosozialen Beratung und Seelsorge für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ / DDR und deren Angehörige.

#### **Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen: „Zeitenwende 1989 - Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung“, 25.-27. April 2014 in Dresden**

Der 18. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen fand in diesem Jahr vom 25.-27. April in Dresden statt. Der diesjährige Kongress stand unter dem Motto: „Zeitenwende 1989 - Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung“ und bildete einen ersten Höhepunkt zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR. Schirmherr der Tagung war der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler.

Mehr als 200 Vertreter von Verbänden und Aufarbeitungsinitiativen kamen zusammen, um mit Wissenschaftlern, Medienexperten, Politikern und engagierten Schülern über geschichtspolitische Aspekte rund um das Thema „Geschichte des Kommunismus und dessen Aufarbeitung“ im europäischen Kontext zu diskutieren und konkrete Projekte im Bildungsbereich oder Fragen der Rehabilitierung zu besprechen. Der jährlich an wechselnden Orten stattfindende Kongress ist die einzige Plattform, bei der Verbandsvertreter aus allen Bundesländern ihre Anliegen austauschen.

Der Bundeskongress setzte sich über drei Tage in verschiedenen Podien und Beiträgen mit diesem Thema auseinander. Dabei würdigte er den epochalen Umbruch, zog Bilanz und fragte, ob 25 Jahre nach dem Ende der DDR einzelne Themen und Opfergruppen bislang nicht oder zu wenig beachtet worden sind. Auch die Sicht auf den Herbst '89 und dessen mediale Vermittlung wurden behandelt. Es wurde der Frage nachgegangen, welche Bilder und Deutungen durch Politik, Medien und Kunst vom Umbruch 1989 entstanden sind und wo es bis heute Leerstellen gibt. Teilnehmer aus Ungarn, Polen und Kroatien eröffneten bei den Diskussionen die europäische Vergleichsperspektive und zeigten, dass der Umbruch und die anschließende Diktaturaufarbeitung unterschiedlich verliefen. Basil Kerski, Leiter des Solidarność-Zentrums in Danzig, warb deshalb für eine Vermittlung von Geschichte als grenzüberschreitendes Beziehungsgeflecht.

Insbesondere die Vertreter der Verfolgtenverbände erinnerten immer wieder daran, dass es neben formalen Rehabilitierungsentscheidungen häufig an einer öffentlich wahrnehmbaren Würdigung der Diktaturopfer fehle. Hier müsse der Mut der Widerständigen und deren persönliche Opfer stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt und wertgeschätzt werden.

Neben den Podien und Vorträgen gab es ein Rahmenprogramm, das zwei Gedenkstätten vorstellte und eine begleitete Elbfahrt beinhaltete. Dabei erfuhren die Teilnehmer des Kongresses etwas über eine spezifisch Dresdner Variante politischer Renitenz. Darüber hinaus erhielten sie Gelegenheit, die überregional beachtete Aufführung „Meine Akte und ich“ im Dresdner Staatsschauspiel zu erleben.

Der Kongress endete mit einer Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzner Straße, die an die Opfer der sowjetischen Militärjustiz erinnert. An der Gedenkveranstaltung nahmen mehrere Angehörige der Anfang der 1950er Jahre in Moskau Erschossenen teil.

Im Nachgang entstand eine Broschüre, die jedoch kein Tagungsband im eigentlichen Sinne ist. Sie enthält den Eröffnungsvortrag von Dr. Manfred Sapper und die Reden der Gedenkveranstaltung von Burkart Pilz und Dr. Nancy Aris. Die Ansprache von Dr. Nancy Aris befindet sich auch im Anhang. Um eine möglichst öffentlichkeitswirksame, aber dennoch kostengünstige Verbreitung zu erreichen, entschieden wir uns für die Variante des Selfpublishing über *Books on Demand*. Die Bereitstellung der Broschüre als kostengünstiges E-Book brachte zusätzliche Aufmerksamkeit.

Ein Mitschnitt des Eröffnungsvortrags und der Podien kann auf der Website der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> abgerufen werden. Zudem erschien eine Broschüre mit ausgewählten Tagungsbeiträgen: Zeitenwende 1989 - Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung, herausgegeben von der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen



DDR und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Das Besondere an dem Kongress war, dass er erstmals von einem Filmteam begleitet wurde und die Filmleute Uta Rüchel und Rüdiger Disselberger allen interessierten Teilnehmern die Möglichkeit boten, vor der Kamera ihre Geschichten rund um den Mauerfall 1989 zu erzählen. Dabei ging es um die Frage, wie die Teilnehmer persönlich diese Zeit des Umbruchs erlebt haben? Ob sie vor dem Hintergrund ihrer ganz eigenen, oft auch schmerzhaften Erfahrungen in der DDR etwas Besonderes mit dieser Zeit verbinden? Für jedes Interview stand maximal 30 Minuten zur Verfügung. Die Aufnahmen fanden am Rande des Kongresses am 26. und 27. April in einem separaten Raum statt. Aus den geschnittenen Interviews entstand eine 90 minütige Kongress-Dokumentation, die jeder Teilnehmer erhielt. Zudem ist sie über die Landesbeauftragten kostenfrei zu beziehen.

### **Presseresonanz zum 18. Bundeskongress als Beispiel geglückter Medienarbeit**

In der Öffentlichkeit erfuhr der 18. Bundeskongress eine große mediale Aufmerksamkeit. Insgesamt berichteten vier Fernsehsender, mehr als 30 regionale und überregionale Zeitungen sowie einige Radiosender über die dreitägige Konferenz. Dadurch erreichten deren Themen ein breites Publikum im gesamten Bundesgebiet, es zeigt sich hier wie Pressearbeit regional grundiert auch überregional wirken kann. Einige Artikel und Meldungen tauchen noch heute im Netz auf. Es bedarf allerdings hervorgehobener Anlässe um die Chance zu so nachhaltiger Wirkung zu haben.

Flankiert wurde die Berichterstattung von drei DPA-Meldungen: ein Interview von Martin Fischer das auf den Kongress einstimmte, eine Meldung vom Kongress selbst und eine Bilanz nach Abschluss des Kongresses. In dem DPA-Interview unter dem Titel "DDR-Geschichte muss verstehbar bleiben" machte Lutz Rathenow deutlich, dass es immer auch neuer Wege bedürfe, die DDR-Vergangenheit auch Jüngeren adäquat zu vermitteln. "Wir müssen die Aufarbeitung auch manchmal vor einem gewissen Autismus der Aufarbeiter schützen. DDR-Verlebendigung geschieht im Grunde auf zwei Ebenen: Für die, die die DDR erlebt haben. Und für die - und das werden immer mehr - die die DDR nicht erlebten. Für die muss man aus realen, genauen Punkten Geschichte neu verknüpfen, damit sie verstehbar wird und nicht nur Insider-Anspielungen betreibt, von denen sich Jugendliche abwenden."

In den folgenden Agenturmeldungen stand die Frage der Aufgabenerweiterung der Landesbeauftragten im Vordergrund. In der Bilanz kamen noch unterbelichtete Themenfelder, die auf dem Kongress angeschnitten wurden, zur Sprache. Die Stasi-Landesbeauftragte von Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker: „Wir haben viel zu tun mit Anfragen aus den alten Bundesländern, in Sachsen-Anhalt vor allem aus Niedersachsen. Das sind Ostdeutsche, die im Westen leben und denen dort die Ansprechpartner fehlen. Insofern ist das in der Tat ein Problem. Und daher würde es durchaus Sinn machen, wenn es auch in den alten Ländern Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen gäbe.“, war in der Frankfurter Rundschau vom 25.04.2014 zu lesen. Die DPA-Meldung zum Abschluss des 18. Bundeskongresses der Stasi-Beauftragten

am 27.04.2014 erschien unter dem Titel "Stasi-Beauftragte sehen noch Lücken in der Aufarbeitung". Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen konstatierten hier, dass es knapp 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution immer noch weiße Flecken in der Aufarbeitung gäbe. Als Beispiel nannte der Sächsische Landesbeauftragte die Einweisungen von Frauen in medizinische Zwangseinrichtungen oder den Umgang mit den Sorben. Beiden Themen wurden auch auf dem Kongress behandelt.

Die Agenturmeldungen wurden bundesweit aufgegriffen und erschienen in 30 Printmedien oder deren Internetauftritten (u.a. Focus, Stern, Super-Illu, Badisches Blatt, Augsburger Allgemeine, Kölner Stadt-Anzeiger bis hin zum Schwarzwälder Boten und allen sächsischen Zeitungen.) Einige Journalisten begleiteten den Kongress vor Ort. Michael Bartsch hob in seinem Beitrag "Leidenserinnerungen und geschichtsmüde Jugend" vor allem die internationale Besetzung eines Podiums positiv hervor: "Dass man sich am vergangenen Wochenende in Dresden nicht ausschließlich in der nochmaligen Negation des Überwundenen erschöpfte, ist vor allem zwei herausragenden Podiumsgästen aus Polen und Ungarn zu danken. Der Historiker Basil Kerski, Leiter des vor sieben Jahren gegründeten Europäischen Solidarność-Zentrums in Gdańsk, schlug den Bogen in die Gegenwart. Und János Can Togay, Direktor des vom ungarischen Staat geförderten Collegium Hungaricum Berlin, lieferte mit einer Beschreibung der ungarischen Transformationsgesellschaft Erklärungen für den Rechtstrend in seinem Heimatland." Einen anderen Schwerpunkt setzte Sven-Felix Kellerhoff, der für die *Welt* berichtete. Sein Augenmerk lag auf der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzener Straße, mit der der Kongress zu Ende ging. In ihrer Gedenkrede erinnerte Dr. Nancy Aris ganz konkret an sechs Opfer sowjetischer Militärjustiz. Eine gekürzte Fassung dieser Rede erschien kongressbegleitend auf der Perspektiven-Seite der Sächsischen Zeitung vom 26.04.2014. Kellerhoff griff das Thema in seinem Beitrag: "Unter Agenten dauert der Kalte Krieg bis heute an" auf, indem er die äußerst schwierige Recherche in verschiedenen Geheimdienstarchiven nachzeichnete. Dieser Artikel wurde ins Russische übersetzt und im Mai 2014 von der ukrainischen *Daily UA* veröffentlicht. Auch die *Deutsche Welle Japan* berichtete auf ihrer Homepage über den Bundeskongress.

### **Unterstützung externer Tagungen**

Zudem hat der Landesbeauftragte die Tagung "**Der 17. Juni 1953 und dessen Erinnerung in der Gesellschaft**", die am 18. – 19. Oktober 2013 an der Universität Würzburg stattfand, gefördert. Dies ist insofern hervorzuheben, als dass die wissenschaftliche Tagung von einem Verein ehrenamtlich organisiert wurde. Der in Würzburg ansässige Verein "Aufarbeitung der Geschichte der DDR" e.V., hat es sich zum Ziel gemacht, das Thema in den westdeutschen Diskurs zu tragen. Der Landesbeauftragte unterstützt die Arbeit des Vereins durch Zusage von Publikationen und durch Vermittlung von Experten und Referenten.

### **3.6. Ausstellungen**

Der Landesbeauftragte bietet verschiedene Wanderausstellungen an, die kostenfrei entliehen werden können. Neben den Themenausstellungen „Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“ und „Aufbruch '89. Die Friedliche Revolution in Sachsen“ gibt es auch zwei ähnlich gelagerte Überblicksausstellungen. Während die Ausstellung „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“ Themen der DDR-Geschichte aus dezidiert sächsischer Perspektive betrachtet, öffnet die Ausstellung „Die DDR- Zwischen Repression und Widerspruch“ die Perspektive auf die gesamte DDR. Durch ihren überregionalen Fokus kann sie deutschlandweit gezeigt werden. Die Ausstellung erzählt in acht Kapiteln die Geschichte der DDR. Sie spannt den Bogen von den Anfangsjahren bis zum Zusammenbruch des Systems und fragt nach den Folgen bis in die Gegenwart. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Wechselverhältnis von Repression und Widerspruch. Die Darstellung erfolgt chronologisch. Sie umfasst zentrale Ereignisse der DDR-Geschichte und öffnet zudem den Blick auf weniger bekannte Aspekte. Gleichzeitig legt die Ausstellung Strukturen offen und erklärt, wie das politische System funktionierte. Diese abstrakte Ebene wird ergänzt durch eine Vielzahl von Einzelschicksalen. Sie geben der Geschichte ein Gesicht. Die acht in sich abgeschlossenen Kapitel wecken Interesse an der Geschichte der DDR, der Deutschen Teilung und deren Überwindung. Durch ihre klare Struktur und die Auswahl eindrücklicher Fotos und Dokumente werden historische Prozesse verständlich vermittelt.

Das Besondere an der Ausstellung ist, dass wir begleitend zum Entstehungsprozess Partner zum Mitdruck eingeworben haben. Zielgruppe waren Multiplikatoren, wie die Landeszentralen für politische Bildung, die Goethe-Institute, Gedenkstätten und die Landesmedienstellen. Im zurückliegenden Berichtszeitraum haben sich weitere zwei Institutionen für den Mitdruck entschieden. In Sachsen wurde ein Ausstellungssatz vom Staatsministerium für Kultus übernommen, das die Ausstellung über ihre Regionalstellen dezentral anbietet. Am 13. November 2013 gab die Sächsische Kultusministerin dafür den Startschuss, indem sie einen Teil der Ausstellung im Hülße-Gymnasium in Markleeberg gemeinsam mit Lutz Rathenow und Dr. Nancy Aris eröffnete.

Die verschiedenen Ausstellungen des Landesbeauftragten wurden in Dresden, Leipzig, Gera, Zittau und Rothenburg gezeigt. Entleiher waren unterschiedliche Einrichtungen – Schulen, Gedenkstätten, Vereine und der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen.

### **3.7. Veröffentlichungen**

#### **Schriftenreihe**

In der Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erschien im Berichtszeitraum die Publikation: Thomas Mayer: Der nicht aufgibt. Christoph Wonneberger – Eine Biografie, Leipzig 2014.

Thomas Mayer erzählt in *Der nicht aufgibt: Christoph Wonneberger - eine Biographie* die Lebensgeschichte von Christoph Wonneberger anschaulich und mit vielen bisher unbekanntem Fakten. Wegbegleiter, Freunde und Verwandte kommen zu Wort. So wird Wonneberger als politisch handelnde Figur nacherlebbar - auch für Leser, die diese Zeit nicht aus eigener Erfahrung kennen. Es ist eine populär geschriebene Biografie, die neugierig macht auf den Menschen Wonneberger, der durch sein Handeln den Geschichtsverlauf aktiv mitgestaltete. Persönliche und politische Spannungen werden nicht ausgespart, so auch der perfide Versuch der Staatsicherheit, Christoph Wonneberger zur Zusammenarbeit zu erpressen. Der Leser erfährt spannende Details, so, wie Wonneberger im August 1968 in Prag sowjetische Panzer fotografierte und Flugblätter über die Grenze schmuggelte, wie er Kontakte in Polen knüpfte und wie er seine aufmüpfigen Aktionen konkret plante und umsetzte. Der Leser erfährt viel über den Menschen Christoph Wonneberger: die Spannungen mit dem Vater, das Familienleben und die Krankheit, die ihn im Oktober 1989 aus der Bahn warf, wie er zurück ins aktive Leben fand, seine Krankheit überwand und die Sprache wiederfand.

Der Landesbeauftragte unternimmt weiterhin große Anstrengungen, die Buchreihe stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. So wurden verschiedene Titel in größerer Stückzahl von unterschiedlichen Einrichtungen der politischen Bildung, wie Akademien, Landeszentralen für politische Bildung und Vereinen für die Bildungsarbeit abgegeben. Dem Kultusministerium wurden größere Stückzahlen als Hintergrundinformation für das jährlich stattfindende Geschichtscamp zur Verfügung gestellt.

Zum „Tag der Sachsen“ in Schwarzenberg im September 2013 druckte die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung die Publikation „Die Schwarzenberg-Utopie. Geschichte und Legende im 'Niemandland' von Lenore Lobeck in einer 500er Auflage nach.

### **Andere Publikationen in der Schriftenreihe (in Vorbereitung)**

Im Frühjahr 2015 wird eine Publikation erscheinen, die sich mit dem Thema Uranbergbau in der Tschechoslowakei beschäftigt. Es ist kaum bekannt, dass es in der Tschechoslowakei ein System von Arbeits- und Besserungslager für Strafgefangene gab, die das Uran für sowjetische Atomwaffen produzierten. Die in Vorbereitung befindliche Publikation wird eine sachliche Einführung des Historikers František Bártík bieten und dann den Schriftsteller František Šedivý zu Wort kommen lassen, der in romanhafter Weise seine eigenen Erlebnisse aus jahrelanger Lagerhaft und entwürdigender Arbeit verarbeitet hat. Die Vorbereitung der Publikation gestaltete sich sehr aufwändig, weil die Texte zunächst vom Tschechischen ins Deutsche übersetzt und lektoriert werden mussten. Der Landesbeauftragte hält diese Publikation aber für sehr wichtig, weil hier die grenzüberschreitende Machtausübung der Kommunisten deutlich wird und exemplarisch sehr gut an der Verbindung zwischen der Wismut und Jachymov dargestellt werden kann. Zudem zeigt sich an diesem Thema, dass die Aufarbeitung von kommunistischem Unrecht nicht an Ländergrenzen halt machen kann.

## Vom Landesbeauftragten geförderte Publikationen

Da die Betreuung der eigenen Schriftenreihe sehr zeitaufwändig ist und die Herausgabe von mehreren Publikationen im Jahr personell nicht geleistet werden kann, hat der Landesbeauftragte im zurückliegenden Berichtszeitraum zunehmend die Möglichkeit genutzt, andere wichtige Buchprojekte auf unterschiedliche Weise zu fördern und damit oft erst möglich zu machen. Sei es durch thematische Impulssetzung, Übersetzungen, inhaltliche Zuarbeiten, die Übernahme von Recherchehonoraren und Druckkostenzuschüssen bis hin zur Mindestabnahme von Klassensätzen zur politischen Bildung. Die stärkere Vernetzung mit Verlagen, Wissenschaftseinrichtungen, Stiftungen und den Autoren selbst sorgt dafür, dass das Thema in verschiedene gesellschaftliche Bereiche kommt und damit von der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird.

### Übersetzung:

Ein aufwändiges Projekt war die Publikation *Kultura w službje totalitarneho režima* von Timo Meškank, die sich der ambivalenten Rolle der Sorben in der DDR widmet. Timo Meškank publizierte dieses Buch 2011 im Domowina Verlag auf Sorbisch. Unter den Sorben löste die Publikation heftige Diskussionen aus, die jedoch aufgrund der Sprachbarriere auf einen kleinen Leserkreis beschränkt blieben. Deshalb entschloss sich der Landesbeauftragte, die Kosten für die Übersetzung der Publikation zu übernehmen. Das Buch *Instrumentalisierung einer Kultur. Zur Situation bei den Sorben 1948–1989* erscheint im Herbst 2014.

Kurzinfo zum Buch: Die sorbische Kultur in der DDR-Zeit stand stets in einem Spannungsverhältnis zwischen den nationalen Bedürfnissen ihrer Träger und den ideologischen Zwängen der SED-Diktatur. Gerade weil die Sorben offiziell gefördert wurden, hatten die verantwortlichen Entscheidungsträger der Domowina und weiterer sorbischer Institutionen die Aufgabe, sämtliche sorbischen kulturellen, wissenschaftlichen und literarischen Aktivitäten zu überwachen und gegebenenfalls auch zu unterbinden. Der Autor Timo Meškank geht diesen Fragen nach und zeigt, wie die Sorben diesem Anpassungsdruck begegnet sind.

### Mindestabnahme:

Eine andere Möglichkeit der Förderung von Publikationen bestand darin, Verlagen die Abnahme einer größeren Stückzahl zu signalisieren und ihm so mehr Planungssicherheit zu geben.

### **Ingolf Pleil:**

**Mielke, Macht und Meisterschaft: Dynamo Dresden im Visier der Stasi, Berlin 2013**

Zehn Tage im Januar 1981 erschütterten die DDR-Fußballwelt. Kurz vor der Abreise der Nationalmannschaft nach Südamerika wurden Gerd Weber, Peter Kotte und Matthias Müller

verhaftet. Auslöser war der Hinweis eines Stasi-IM, die drei Spieler wollen sich im Westen absetzen. Es folgten Verhöre, Haft, Spielsperren, gezielt gestreute Gerüchte. Die Hintergründe blieben im Dunkeln. Jahrzehnte später hat Ingolf Pleil Stasi-Akten analysiert, Zeitzeugen befragt und die damaligen Ereignisse umfassend rekonstruiert. Seine Recherchen decken die enge Verknüpfung von Politik, Fußball und Geheimdienst in der DDR auf und zeigen, wie der national und international erfolgreiche Fußballclub Dynamo Dresden in den siebziger und achtziger Jahren durch die Stasi infiltriert wurde. Die Verstrickungen von Spielern, Trainern, Medizinern und Funktionären sorgten auch nach der Wende noch für Turbulenzen rund um den legendären Verein, über dessen Entwicklung bis in die Gegenwart hinein Pleil berichtet.

**Andreas Kötzing (Hg.):**

**»Die Sicherheit des Festivals ist zu gewährleisten!« Kritische Jugend, die Leipziger Dokfilmwoche und das MfS**, erscheint im Herbst 2014.

Die Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche zählte zu den größten Kulturveranstaltungen in der DDR. Internationale Gäste und sozialkritische Filmen aus dem In- und Ausland prägten den Ruf des Festivals als „Fenster zur Welt“. Seine Weltoffenheit erregte jedoch auch die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit. Anhand von Einzelfällen untersucht Andreas Kötzing, welche Folgen die Überwachung durch die die Staatssicherheit hatte. Konnte das MfS regimiekritische Äußerungen unterbinden? Inwiefern gelang es, westliche Gäste als Agenten anzuwerben? Und wie eng kooperierte die Festivalleitung mit der Staatssicherheit?

Dokumente und Erinnerungen von Zeitzeugen ergänzen die Darstellung.

**Doris Liebermann:**

**Ein Piratenstück. Der 1. Leipziger Herbstsalon 1984, seine Vorgeschichte und seine Protagonisten**, erscheint im Dezember 2014

1913 organisierte Herwarth Walden den Ersten Deutschen Herbstsalon. 71 Jahre später gab es den 1. Leipziger Herbstsalon als Reaktion einer Künstlergruppe auf eingeschränkte Ausstellungsmöglichkeiten in der DDR. Um die zehntausend Besucher kamen im November 1984 in das Leipziger Messehaus, um die halblegale Ausstellung neuer, unangepasster Kunst zu sehen. Selbstbewusst wollten sechs Künstler damit verkrustete Strukturen aufbrechen. Mit dem 1. Leipziger Herbstsalon gelang ihnen ein Piratenstück, eine Täuschung der Bürokratie. Partei- und Verbandsfunktionäre versuchten vergeblich, die Ausstellung zu verhindern. Ein Jahr später wurde sie als konterrevolutionär abgestempelt. Doris Liebermann hat die Geschichte des ungewöhnlichen Kunstprojektes aufgeschrieben. Grundlage waren u.a. Gespräche mit den Protagonisten sowie Archivmaterial.

Inhaltliche Impulse und Mindestabnahme:

Bei anderen Publikationen gab es neben der Mindestabnahme unterstützende Arbeit durch den Landesbeauftragten, sei es durch Vermittlung von Experten oder aber durch die Bereitstellung von Materialien.

**Udo Scheer: Reiner Kunze. Dichter sein. Eine deutsch-deutsche Freiheit. Eine Biografie,** Halle 2013

Schon früh empört sich der Dichter Reiner Kunze gegen das politische System. Mit dem Pro-saband »Die wunderbaren Jahre« gelingt ihm der Durchbruch als Weltautor. Das Szenario für seinen Ausschluss aus dem Schriftstellerverband der DDR wird im SED-Politbüro beschlossen, und Hermann Kant ruft ihm nach der erzwungenen Ausreise nach: »Kommt Zeit, vergeht Unrat.« Am 16. August 2013 begeht der im erzgebirgischen Oelsnitz geborene Kunze seinen 80. Geburtstag. Udo Scheer erzählt aus persönlichem Erleben und im Zeitlauf der Geschichte von diesem gefeierten, unbequemen Dichter, der nach wie vor polarisiert.

**Ernest Kuczynski (Hg.): Im Dialog mit der Wirklichkeit. Annäherungen an Leben und Werk von Jürgen Fuchs,** Halle 2014

2014 jährt sich am 9. Mai Jürgen Fuchs' Todestag zum 15. Mal. Um ihn zu würdigen und der Öffentlichkeit näher vorzustellen, entstand die Anthologie, in der Leben und Werk von Jürgen Fuchs und Erinnerungen an ihn aus der Perspektive seiner Wegbegleiter dargestellt werden. Der Landesbeauftragte arbeitete in der Planungsphase mit der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen und brachte sich inhaltlich ein.

Recherchehonorar:

**Udo Scheer: Wir kommen wieder! Plauen 1989. Eine Stadt demonstriert sich nach Deutschland,** erscheint im Herbst 2014.

»Wir kommen wieder!« Mit diesem Versprechen löste sich am 7. Oktober 1989 in Plauen erstmals in der DDR eine Massendemonstration friedlich auf. Udo Scheer geht anhand von Gesprächen, Episoden und Tagebüchern dem Bürgermut mit seinen Wurzeln nach und gibt Einblicke in ein packendes Stück Zeitgeschichte.

Der Landesbeauftragte regte ein Vorwort an, das die Plauener Ereignisse in den Gesamtzusammenhang der Friedlichen Revolution einbetten sollte. Die Recherche dazu übernahm der Landesbeauftragte.

**Rainer Eckert: Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert, Herausgegeben vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.,** erscheint im Herbst 2014.

Der Historiker und Politikwissenschaftler Rainer Eckert folgt der langen Spur der Widerständigkeit vom 19. Jahrhundert bis zur Diktatur des Nationalsozialismus und später in der DDR. Dabei nimmt er u. a. die Universität, die Kirchen und das Bürgertum in den Blick und schildert Ereignisse, die sich bis heute in das kollektive Gedächtnis der Stadt eingepägt haben.

Schwerpunktmäßig wird vor allem die Situation in der Zeit der DDR behandelt, Beispiele hierfür sind der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, die „Beatdemonstration“ von 1965, die Sprengung der Universitätskirche am 30. Mai 1968, die Friedensgebete in der Nikolaikirche und die daraus erwachsenden Montagsdemonstrationen, die schließlich zur Initialzündung der Friedlichen Revolution von 1989 wurden.

Zu einigen der o. g. Publikationen verfasste der Landesbeauftragte eine Einführung. Die Begleittexte nutzte er dazu, um den jeweiligen Gegenstand vor allem im Hinblick auf seinen Bezug zum Thema Staatssicherheit zu kontextualisieren.

### **Michael Wildt: Die politische Indienstnahme der DDR-Heimerziehung zur Bekämpfung des Jugendprotestes in der DDR,**

in: Repression durch Jugendhilfe, Wissenschaftliche Perspektiven auf ein Phänomen in Ost und West, hrsg. von Johannes Richter, Matthias Nauerrth, Andreas Theurich, Grünwald Juni 2014

### **3. 8. Grenzüberschreitende Projekte**

Frau Dr. Aris betreute auch im zurückliegenden Berichtszeitraum das Ziel 3 Projekt „Bürger für die Freiheit. Zivilcourage gegen Diktaturen. Sachsen und Niederschlesien 1945-1989“. Ziel dieses Projektes ist die Erarbeitung eines bilateralen Geschichtsbuches, eine Sammlung von didaktischen Materialien für deutsche und polnische Schulen und die Entwicklung einer Ausstellung durch deutsche und polnische Schulen. Frau Dr. Aris wirkte an der Endkorrektur des Geschichtsbuches mit und unterstützte die Bildrecherche. Am 11. April 2014 konnte in Wrocław, im Verbindungsbüro des Freistaates das Lehrbuch „Vor allem Freiheit. Widerstand, Revolte, Opposition. DDR – VR Polen“ mit Dr. Nancy Aris vorgestellt werden. Die Resonanz auf diese Publikation war durchweg positiv.

### **4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Der Landesbeauftragte verfügt über eine Homepage, die über die Behörde und ihre Angebote informiert. Eine Übersicht der Bildungsangebote für Lehrer und Schüler ist zudem auf der Homepage des Sächsischen Kultusministeriums zu finden. Lehrerfortbildungen werden auch im Fortbildungskatalog des Sächsischen Bildungsservers gelistet. Zwei Mal im Jahr erstellen wir Rundbriefe für Lehrer, die über aktuelle Angebote informieren. Diese Rundbriefe erhalten alle Schulen im Freistaat. In Printmedien ist unser Angebot für Schulen im jährlich erscheinenden Katalog der Schulkino-Initiative enthalten.

Die Informationen zur überregionalen Beratungsinitiative werden jeweils in der lokalen Presse und in den örtlichen Amtsblättern veröffentlicht.



Lutz Rathenow engagiert sich sehr für eine breite Presseresonanz. Neben den regelmäßigen Presseinformationen zu Veranstaltungen, Jubiläen oder aktuellen Debatten, sucht er immer wieder den Austausch mit einzelnen Journalisten, lädt diese zu Hintergrundgesprächen ein, bei denen ausführlich über das Aufgabengebiet des Landesbeauftragten spricht und Einblick in seine Arbeit gibt. Diese Einzelgespräche wurden von verschiedenen Medienvertretern verstärkt genutzt.

Zudem stellte Lutz Rathenow einen engen Austausch mit Medienvertretern aus dem Bereich des Fernsehens und des Hörfunks her und nutzte diese Kontakte, um von Zeit zu Zeit auf das Thema DDR-Aufarbeitung und deren dringende Notwendigkeit hinzuweisen. Sowohl das Deutschlandradio, der BR und MDR berichteten in regelmäßigen Abständen.

Auf der anderen Seite findet bei diesem Austausch eine zunehmende Vermittlungsarbeit zu Themen, Betroffenen und Geschichten statt, bei der der Landesbeauftragte selbst nicht in Erscheinung treten will.

## **5. Dokumentation**

Die Bibliothek und die Dokumentensammlung wurden auch im letzten Berichtsraum erweitert. Das Bildarchiv des Landesbeauftragten umfasst derzeit über 11.500 Bildquellen. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurde das vorhandene Bildarchiv weiter ausgebaut. Es wird regelmäßig von Forschungseinrichtungen und Journalisten genutzt. Es hat sich gezeigt, dass der Bildbestand der Behörde unter Wissenschaftlern und Medienvertretern zunehmend bekannter wird. Für eine sachkundige Einpflegung von Fotos und Dokumenten, die unabhängig von konkreten Ausstellungsvorhaben in unsere Behörde kommen, fehlen die personellen Ressourcen. Aufnahmen in den Datenbankbestand der Behörde können nur sporadisch von Praktikanten vorgenommen werden.

Bibliothek und Dokumentensammlung stehen weiterhin externen Nutzern zur Verfügung. Die Dokumentensammlung hat sich schon mehrfach als besonders hilfreich erwiesen, weil hier neben persönlichen Dokumenten, verschiedenste Verwaltungsdokumente der Stasi, aus dem SED-Apparat und anderer Bereiche lagern, die andernorts nicht mehr vorhanden sind.

## **6. Koordinierung und Zusammenarbeit**

### Landtag, Staatsregierung, Landesbehörden und Kommunen

Die Zusammenarbeit mit Abgeordneten und Fraktionen des Sächsischen Landtages und verschiedenen Ministerien bezogen sich auf Fragen der Erinnerungskultur und um die Förderung dieser. Dabei ging es immer wieder um die Situation der in der SBZ/DDR politisch Verfolgten, um Gedenkstättenfragen, das Gedenkstättengesetz, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie um die Förderungsmöglichkeiten für Opferverbände. Der Landesbeauftragte hat zahlreiche Einzelgespräche mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen geführt. Bei diesen Gesprächen ging es um Fragen der Aktennutzung und der langfristigen Perspektive von BStU

und LStU, um die Novellierung des Landesbeauftragtengesetzes und um Möglichkeiten der Stärkung der Arbeit des Landesbeauftragten. Der Landesbeauftragte nahm auch an Veranstaltungen einzelner Abgeordneter in ihren Wahlkreisen teil und stellte sich dort den Fragen der Besucher.

Der Landesbeauftragte hat für verschiedene Ministerien, insbesondere für das Justizministerium, verschiedene Zuarbeiten geleistet. Mit dem Justizministerium stand der Landesbeauftragte vor allem aus zwei Gründen in regem inhaltlichem Austausch. Es ging vor allem darum, die zusätzlichen Finanzmittel, die ab 2011 für die SED-Opferverbände in einem Sondertitel bereitgestellt werden, sachgerecht zu vergeben. Hier hat der Landesbeauftragte wichtige inhaltliche Impulse und organisatorische Hilfestellungen geben können. Zudem ist er in die Vergabe der Mittel eingebunden, indem er die Vergabekommission, die Bewertungen und ein Votum zu den Förderanträgen abgibt, zu sich einlädt und leitet. Die Jury-Sitzung im zurückliegenden Berichtszeitraum fand am 28. Januar 2014 statt. Hier muss betont werden, dass der Landesbeauftragte eine Brückenfunktion zwischen den Opferverbänden und dem Justizministerium darstellt, indem er den Verbänden konkrete Hilfestellungen bei der Beantragung der Förderung gibt und versucht, den Mitarbeitern des Ministeriums die Spezifik der Vereinsarbeit näher zu bringen. Zum anderen ging es bei den Kontakten um die Diskussion zu einem neuen Landesbeauftragtengesetz.

#### Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Die Kontakte zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und seiner Behörde wurden im zurückliegenden Berichtszeitraum intensiviert. Der Landesbeauftragte brachte sich inhaltlich aktiv bei der Diskussion um die zukünftige Perspektive des BStU ein. Zu diesen Fragen wurden mehrfach intensive bilaterale Gespräche mit Roland Jahn geführt. Darüber hinaus gab es Gespräche mit Roland Jahn im Rahmen der monatlich stattfindenden Landesbeauftragtenkonferenz.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Workshop „Wie weiter mit der Aufarbeitung“, der am 15. Oktober 2013, in der Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund stattfand und vom Sächsischen Landesbeauftragten maßgeblich mit vorbereitet wurde. Der Bundesbeauftragte begründete die Notwendigkeit des Workshops wie folgt: "Das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung sieht die Veränderung der Struktur der Außenstellen des BStU vor, „um eine effizientere Arbeit trotz zurückgehenden Personalbestands gewährleisten zu können“. In einem sich weiter verändernden gesellschaftlichen Umfeld, mit anderen Anforderungen an die Aufarbeitung der SED-Diktatur aus dem zeitlichen Abstand heraus und einer inzwischen deutlich aktiveren Gedenkstätten-Landschaft in den Bundesländern schien es sinnvoll, die Positionen der Bundesländer, in denen es Außenstellen gibt, zu sondieren." Beim Workshop „Wie weiter mit der Aufarbeitung?“, der vom BStU, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen initiiert wurde, ging es um einen Dialog mit Vertretern der fachlich zuständigen Landesministerien, den Leitungen der Landeszentralen für

Politische Bildung, den Leitern der Gedenkstättenstiftungen der Länder, den Vertretern der Landesarchive und des Referates K 46 der BKM über die Perspektiven der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Es gab vier Panels, auf denen zu den Themen:

- "Politische Bildung",
- "Gedenkstättenarbeit",
- "Verwaltung der Akten",
- "Beratung und Betreuung von Betroffenen"

diskutiert wurde. In einer ersten Runde erhielten die Ausrichter des Workshops Gelegenheit für ein Statement, das die Position der jeweiligen Einrichtung wiedergeben sollte. Lutz Rathenow trug hier die Position der Konferenz der Landesbeauftragten vor. Dr. Nancy Aris übernahm die Einführung zum Workshop und moderierte zwei, der vier Panel.

Mit den Leitern der sächsischen BStU-Außenstellen in Chemnitz, Dresden und Leipzig fand auch im zurückliegenden Berichtszeitraum ein reger Austausch statt. Bei den Gesprächen ging es um konkrete Vorhaben im Rahmen der politischen Bildungsarbeit. Mit den Außenstellen Chemnitz, Gera, Magdeburg und Dresden fanden Kooperationsveranstaltungen statt. In diesem Zusammenhang gab es vielerlei Kontakte auf Arbeitsebene mit der Presseabteilung, die für die Veranstaltungskoordination der Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.

Die Außenstellen Gera, Magdeburg und Chemnitz nutzten die Wanderausstellungen des Landesbeauftragten und präsentierten diese in ihren Räumen oder bei auswärtigen Veranstaltungen.

Mit der Dresdner Außenstelle erfolgte zudem eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen unserer Bildungsarbeit. So stellte die Außenstelle sehr viel Aktenmaterial für das Bildungsangebot „Der Fall in der Tasche“ zur Verfügung, das durch die zusätzlichen Akten stärker auf die jeweiligen Regionen zugeschnitten werden soll.

#### Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LStU, LAKD)

Zu den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen und zur Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg bestehen sehr gute Arbeitsbeziehungen.

Um inhaltliche und organisatorische Fragen der Zusammenarbeit abzustimmen, treffen sich die Landesbeauftragten in der Regel einmal monatlich in Berlin. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden bei den Landesbeauftragtenkonferenzen vor allem Fragen besprochen, die den Umgang mit ehemaligen DDR-Heimkindern, die Aufarbeitung von Pharmatests in der DDR und das Thema Zwangsarbeit in der Haft betrafen. Ein anderer Schwerpunkt war die Novellierung der Rehabilitierungsgesetze. Hier erarbeiteten die Landesbeauftragten gemein-

sam Vorschläge für den Gesetzgeber, um Opfergruppen, die bislang bei den Entschädigungszahlungen nicht berücksichtigt wurden, ins Blickfeld zu rücken. Vor allem die Zersetzungsoffer wollten sie mit ihren Vorschlägen stärker in den Mittelpunkt rücken. Zudem engagierten sie sich dafür, die Kinderheim-Problematik vor dem Hintergrund des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes zu betrachten und rechtsstaatswidrige Einweisungen zukünftig nach dem StRehaG zu rehabilitieren. Wichtig war auch die Forderung der Landesbeauftragten, die Opferrente zu erhöhen und die Bedürftigkeitsklausel aufzuheben. Siehe dazu die im Anhang befindlichen "Vorschläge für eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes".

Viele Gespräche innerhalb der Konferenz der Landesbeauftragten betrafen die Frage, wie eine Verbesserung der Verfahren und Gutachtertätigkeit zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden (Haftfolgeschäden) erreicht werden könne. In diesem Zusammenhang veranstalteten wir gemeinsam mit den Landesbeauftragten aus Thüringen, Brandenburg Sachsen-Anhalt am 24. und 25. Februar 2014 die Fachtagung: „SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesundheit. Die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden sowie psychosoziale, therapeutische und seelsorgerische Perspektiven“, die in Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Konrad Adenauer Stiftung Wendgräben durchgeführt wurde.

Die Konferenz der Landesbeauftragten verabschiedete im Berichtszeitraum folgende gemeinsame Pressemitteilungen:

- Pressemitteilung mit Vorschlägen für eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes, September 2013
- Gemeinsam mit der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt gab der Sächsische Landesbeauftragte am 30. September 2013 eine Pressemitteilung zum 60. Jahrestag der Hinrichtung von Erna Dorn heraus.
- Pressemitteilung zum Heimkinderfonds, Januar 2014
- Pressemitteilung zur Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden von SED-Verfolgten, Februar 2014 (siehe Anhang).

Hervorgehoben werden muss auch die gute Zusammenarbeit der Fachreferenten der einzelnen Behörden in den Bereichen "Politische Bildung" und "Beratung". So finden regelmäßig so genannte Beratertreffen statt, bei denen einzelne Fälle, neue gerichtliche Entscheidungen und regionale Besonderheiten von Reha-Entscheidungen gegeneinander zur Kenntnis gegeben und diskutiert werden.

Die Landesbeauftragten beteiligten sich mit einem gemeinsamen Infostand am "Tag der Deutschen Einheit" in Stuttgart. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurde ein gemeinsames Werbematerial entwickelt (Flyer und Aufsteller), das über die Tätigkeit der Landesbeauftragten Auskunft gibt.

## Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen

Unsere regelmäßig stattfindenden Arbeitstreffen mit den sächsischen Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen dienen dem Ziel des gegenseitigen Austauschs und einer Koordinierung gemeinsamer Aufgaben. Bei diesen Treffen ging es immer auch um die Arbeit der Gedenkstätten, um Gedenkort im weiteren Sinne, um schulische Bildung und um die Frage, in wieweit sich die Verfolgtenverbände darin wiederfinden. Die Arbeitstreffen der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen verstehen sich als Foren, von denen Impulse zum Thema Aufarbeitung in die gesellschaftliche Debatte einfließen. Gleichzeitig werden durch dazu geladene Gäste (Minister, Bundesbeauftragte, Außenstellenleiter der BStU) Themen diskutiert und eigene Anliegen weiter verbreitet.

Bei den Treffen der Verfolgten-Verbände spielte auch im zurückliegenden Berichtszeitraum die Förderung durch das SMJus eine wichtige Rolle. Der Landesbeauftragte nutzte die Arbeitstreffen, um Beantragungsmodalitäten klarer und verständlicher zu erklären. Er nahm somit eine wichtige Mittlerrolle ein, die von den Verbandsvertretern dankbar angenommen und sehr geschätzt wurde.

Neben diesen Treffen im breiteren Kreis hat der Landesbeauftragte zahlreiche Einzelgespräche mit Vertretern der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen geführt, in denen es um eine konkrete, projektbezogene Zusammenarbeit mit den Verbänden ging. Oft wenden sich auch einzelne Verbandsvertreter mit ihren Anliegen telefonisch oder per Mail an den Landesbeauftragten. Von den Verbänden wird der Landesbeauftragte ein Stückweit als eine Art Erstanlaufstelle betrachtet, wo Fragen und Probleme zunächst bilateral besprochen werden, bevor die Diskussion breitere Kreise zieht. Dadurch konnte der Landesbeauftragte bei Verstimmungen oder Missverständnissen oft frühzeitig moderierend einwirken.

Wie in den Vorjahren hat der Landesbeauftragte oder seine Stellvertreterin auch 2013 / 2014 an Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen teilgenommen. Darüber hinaus hat er an anderen Ehrungen und Treffen der Betroffenen (UOKG, Bautzen-Forum) teilgenommen. Aufgrund des hohen Alters der Verfolgten mehren sich die Todesfälle. Der Landesbeauftragte würdigte die Verstorbenen auf dem Bundeskongress in Dresden.

## Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur besteht seit Jahren eine gute Zusammenarbeit. Dazu zählen die monatlich stattfindenden Treffen der Konferenz der Landesbeauftragten, an denen der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Robert Grünbaum, teilnimmt. Hinzu kommen Kooperationsveranstaltungen mit der Stiftung und der Austausch über die von der Stiftung geförderten sächsischen Projekte.

## Gedenkstätten

Die Zusammenarbeit und Kooperation mit Gedenkstätten und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat wie bisher einen hohen Stellenwert in der Arbeit des Landesbeauftragten. Mit der *Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau* und der *Gedenkstätte Bautzner Straße* konnte eine Reihe von Zeitzeugengesprächen realisiert werden. Mit der *Gedenkstätte Bautzen* wurde eine Kooperation für den "Tag des offenen Denkmals" geschlossen. Insbesondere durch die Mitgliedschaft im Stiftungsrat der *Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft* war der Landesbeauftragte in die Arbeit der Stiftung eingebunden.

## **7. Mitgliedschaften**

Der Landesbeauftragte ist aktiv als Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. Er ist im Beirat des Fördervereins der Gedenkstätte Hohenschönhausen und Mitglied des deutschsprachigen Exil-PEN's – in beiden Fällen wird seit der Amtseinführung zum Landesbeauftragten die Mitgliedschaft nur passiv ausgeübt.

Für die Vorbereitung des Doppeljubiläums »25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« hat der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Stanislaw Tillich, eine 19-köpfige Expertenkommission einberufen. Ihr gehören wichtige Akteure, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Friedlichen Revolution sowie Wissenschaftler und Verantwortliche staatlicher Stellen an. Ihre Aufgabe ist es, den Ministerpräsidenten bei der Vorbereitung des Jubiläums zu beraten. Dr. Nancy Aris wurde in die Kommission berufen. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 12. November 2013 statt.

### **III. Anhang**

- Anhang 1: Bericht vom "Tag des offenen Denkmals" am 8. September 2013 in der Gedenkstätte Bautzen
- Anhang 2: Stefan Große: Rückblick auf ein Jahr als "Bufdi" beim Sächsischen Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen
- Anhang 3: Wende: Rathenow hebt Rolle Plauens hervor (09.10.2013, Freie Presse)
- Anhang 4: Vorschläge für eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes, Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (Oktober 2013)
- Anhang 5: Mehr schwere Fälle als vor Jahresfrist (24.10.2013, LVZ)
- Anhang 6: "Politische" für Bananen – Ein neues Buch widmet sich dem Freikauf von DDR-Häftlingen durch die Bundesrepublik (02.11.2013, SZ)
- Anhang 7: Lernen mit Stephan Krawczyk – Evangelisches Schulzentrum zeigt DDR-Ausstellung (09./10.11.2013, LVZ)
- Anhang 8: Repression und Widerstand – Bildungsministerin eröffnet DDR-Ausstellung im Gymnasium (14.11.2013, LVZ)
- Anhang 9: Das Ende der DDR eingeläutet – Detaillierte Schilderung der Friedlichen Revolution aus der Sicht eines ihrer Protagonisten, Christoph Wonneberger (21.06.2014, Die Tagespost)
- Anhang 10: Pressemitteilung: Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur fordern eine bessere Begutachtung gesundheitlicher Folgeschäden von SED-Verfolgten sowie mehr Angebote für Beratung, Therapie und Seelsorge, Februar 2014
- Anhang 11: Was, wenn die Akten fehlen? – Eine Spurensuche zwischen London und Moskau